

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 3,40 Mk., monatlich 1,20 Mk.,
 frei ins Haus, vorausschickend. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Quartalschein vom Postamt abgeholt
 1,20 Mk., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1,34 Mk. Unter Bezugnahme für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 4.— Mk., für das übrige Ausland
 8,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— Mk.
 Postbestellungen nehmen an Adma-
 riat, Hofens, Durgenburg, Schweden
 und die Schweiz, Stuttgart in die
 Post-Verkehrs-Verhältnisse.
 Verzeichnis folgt.

Telegramm-Koeffizient
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die feinsten gelbten Solonzeile kostet
 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 heißt die erste Zeile 30 Pf. (zwei-
 telte Zeile 20 Pf.), jede weitere
 Zeile 15 Pf. Die ersten vier
 Zeilen einer Anzeigenreihe sind
 20 Pf. je Zeile. Die übrigen sind
 15 Pf. je Zeile. Anzeigen für die
 nächsten Nummern müssen bis 2 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 68 98, Unter den Eichen 11, vorliegen
 werden. Gebühren von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Dienstag, den 22. Oktober 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die deutsche Antwort an Wilson.

Wilson hatte in seiner letzten Note über die Versenkung von Passagierdampfern durch deutsche U-Boote und über Rückzugsverheerungen der deutschen Armee heftige Klagen geführt, und er hatte nachdrücklich auf jenen Punkt seines Programms hingewiesen, in dem die Ausschaltung jeder geheimen Willkürgehalt in der Welt gefordert wird. Noch vor ein paar Wochen würde jede deutsche Note darauf geantwortet haben: Erstens, der unbeschränkte U-Bootkrieg ist ein unentbehrliches Abwehrmittel gegen die englische Hungerblockade, wir bedauern seine Opfer, können aber von ihm nicht lassen. Zweitens, die Behauptung, daß von deutschen Truppen überflüssige Grausamkeiten begangen worden seien, ist eine Verleumdung und wird in das Reich der Fabel zurückgewiesen. Drittens, über die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches sind wir niemandem Rechenschaft schuldig, wir lehnen jede Diskussion über sie ab.

Daß die deutsche Note, die nun wirklich an Wilson abge-
 schickt wurde, ganz anders lautet, zeigt den Wandel der Zeiten
 und der Bestimmungen. Erstens wird erklärt, daß kein Passagier-
 schiff mehr versenkt werden soll und daß keines versenkt werden
 wird, sobald alle U-Boote von dem neuen Befehl, der an sie er-
 gangen ist, erreicht sein werden. Das ist das Ende des
 unbeschränkten U-Bootkrieges, denn ein U-Boot-
 krieg, der Passagierschiffe von der Torpedierung ausnimmt, ist
 natürlich nicht mehr unbeschränkt, sondern im Gegenteil in sehr
 enge Grenzen seiner Wirksamkeit verengt.

Der unbeschränkte U-Bootkrieg ist auch Er-mär, von Mo-
 ralistischem ganz abgesehen, neben dem Einmarsch in Bel-
 gien der größte Rechenfehler, der von den Leitern
 unserer Kriegführung begangen worden ist. Seine Erklärung
 vor zwanzig Monaten hat hoffnungsvolle Friedenssonnen zer-
 stört, Amerika aus einem neutralen Vermittler zu einem Ver-
 blindeten unserer Feinde gemacht, die ganze Welt gegen uns
 vereint und den Krieg zu unseren Ungunsten entschieden. Er
 hat die neutrale Schifffahrt gelähmt und damit unsere eigene
 Verlorenung mit geschädigt, er hat aber die Amerikaner nicht hin-
 dern können, ein Millionenheer über das Wasser zu bringen
 mit Geschützen und Geschossen, Flugzeugen und Tanks, und dem
 ganzen technischen Riesenapparat der Menschenvernichtung, den
 ein erstklassiger Industriestaat aufzubringen imstande ist. Dieser
 unbeschränkte U-Bootkrieg ist also nun erledigt. Seine Folgen
 sind es leider noch nicht.

Zum zweiten Punkt wird der Weg betreten, der hier schon
 anlässlich der französischen Senatsdebatte über die Rückzug-
 s-forderungen angedeutet worden ist. Neutrale Kommissionen
 sollen die Verhältnisse untersuchen. Was von deutscher Seite
 geschehen kann, um der vom Krieg betroffenen Bevölkerung ihr
 entschliches Schicksal zu erleichtern, das wird geschehen. Wä-
 ren von dem barbarischen Sinn, der unsere Soldaten von jenen
 der Westmächte unterscheiden soll, glaubt in Deutschland kein
 Mensch. Daß es bei plötzlichen Bewegungen aber manchmal
 brüder und brüder geht, und daß unläutere Elemente die Ver-
 wirrung benötigen und noch steigern, um im Kräftigen zu sitzen,
 kann niemand leugnen.

Das radikalste Mittel, die Leiden der kriegsbetroffenen Be-
 völkerung zu lindern, ist die rascheste Einstellung der
 Feindseligkeiten. Es wird vorgeschlagen, den militäri-
 schen Sachleuten von beiden Seiten Gelegenheit zu geben, die
 Bedingungen der Räumung und des Waffenstillstandes fest-
 zulegen. (Zwischen ist bereits die Räumung der ganzen
 handreichen Küste, deren dauernder Besitz nach der Meinung
 der Tripartite für uns eine „Lebensnotwendigkeit“ sein
 sollte, unter dem Druck des Gegners erfolgt.) Es wird ver-
 sichert, daß nicht beachtet ist, für den Waffenstillstand Be-
 dingungen zu erwirken, die dem gegebenen militärischen
 Kräfteverhältnis nicht entsprechen.

Drittens wird über die Veränderungen, die die deutsche
 Verfassung in den letzten Wochen durchgemacht hat, frei-
 mütig Auskunft gegeben. Man zieht sich nicht mehr auf den
 Vorwand zurück, daß dies eine Sache sei, die fremde Völker
 nichts angeht. Man geht mit dieser veränderten Haltung still-
 schweigend von der Voraussetzung aus, daß alle Völker am de-
 mokratischen Fortschritt in jedem Lande gleichmäßig „erzisiert“
 sind und daß kein Land das Recht hat, Einrichtungen zu behal-
 ten, in denen andere eine Gefahr für das künftige gegenseitige
 Verstehen und für die Erhaltung des Weltfriedens erblicken.

So spricht aus der deutschen Antwort an Wilson ein völ-
 lig veränderter Geist. Was gleich geblieben ist, ist
 nur der Wille zur nationalen Selbsterhaltung, d. h. jetzt aber
 nicht mehr zur Selbsterhaltung regierender Klassen und veralteter
 Staatseinrichtungen, sondern zur Erhaltung des deutschen
 Volkes selbst. Wenn es dem Gegner ernst ist mit dem Frieden
 der Demokratie und der unparteiischen Gerechtigkeit, so liegt ein
 Weg vor ihnen offen, auf dem kein Hindernis mehr zu über-
 winden ist. Die allerersten Tage müssen zeigen, ob drüben
 das Ideal des Völkerverständnisses oder die kapitalistisch-impe-
 rialistische Machtpolitik die stärkere Kraft ist. Diese Tage wer-
 den für das Schicksal der Welt entscheidend sein.

Berlin, 21. Oktober. Die deutsche Antwort auf die ame-
 rikanische Note vom 14. d. M. lautet wie folgt:

Die Deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vor-
 schlags zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausge-
 gangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die
Bedingungen des Waffenstillstandes

der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien,
 und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten
 den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und
 verbürgen. Die Deutsche Regierung gibt dem Präsidenten
 anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu
 schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Verei-
 nigten Staaten keine Forderung guthießen wird, die mit der
 Ehre des Deutschen Volkes und mit der Abwahnung
 eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar
 sein würde.

Die Deutsche Regierung legt Vermahnung ein gegen den
 Vorwurf ungeschickter und unmenschlicher Handlungen, der
 gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen
 das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer
 notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet.
 Die deutschen Truppen haben die strengste
 Weisung, das Privateigentum zu schonen und
 für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen.
 Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen,
 werden die Schuldigen bestraft.

Die Deutsche Regierung bestrittet auch, daß die deutsche
 Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote
 nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet hat.

Die Deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen
 Punkten den Sachverhalt durch

neutrale Kommissionen

aufflären zu lassen.

Um alles zu verhindern, was das Friedenswerk erschweren
 könnte, sind auf Veranlassung der Deutschen Regierung an
 sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine

Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen,

wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür
 nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in
 See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet
 der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden
 Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Be-
 lieben den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet
 die Deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der
 Volksvertreter ein Einfluß auf die Bildung der Re-
 gierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entschrei-
 dung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volks-
 vertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist

ein grundlegender Wandel

eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Ueberein-
 stimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, all-
 gemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen
 Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien
 des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch
 künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder
 weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des
 Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichs-
 kanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich
 ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Re-
 gierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen,
 durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß
 zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung
 der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber
 nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem

unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes,

das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht
 und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen
 Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird
 somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das
 Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer
 Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unberant-
 wortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der
 überwältigenden Mehrheit des deutschen
 Volkes.

Berlin, den 20. Oktober 1918.
 gen. Solf,
 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Amnestie in Belgien.

Amtlich. Brüssel, 20. Oktober. Der Generalgouverneur
 General Freiherr von Falkenhäuser hat unter dem 18. Ok-
 tober d. J. allen Belgiern und Angehörigen
 neutraler Staaten, die von deutschen Militärgerichten
 oder Militärbehörden im Gebiete des Generalgouverne-
 ments zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind und ihre
 Strafe zurzeit in Belgien verbüßen, den
 Rest der Strafe im Gnadenwege erlassen. Aufgeschlossenen
 sind diejenigen, welche wegen gemeiner Verbrechen verurteilt
 sind. Der Herr Generalgouverneur hat weiter bestimmt,
 daß diejenigen Belgier und Angehörigen neutraler
 Staaten, gegen die im militärpolizeilichen Verfahren
 Freiheitsentziehung verfügt worden ist, und
 die sich zurzeit in Belgien oder Deutschland in
 Lagern befinden, freigelassen werden. Mit der Entlassung
 wird am 21. Oktober begonnen werden. Nur eine be-
 schränkte Anzahl von Persönlichkeiten, deren freie Be-
 wegung in Belgien nach der Natur der Dinge nicht möglich
 ist, solange daselbst noch gekämpft wird, wird erst bei der
 Räumung Belgiens in Freiheit gesetzt werden.
 Für diejenigen Belgier, die ihre Strafe in Deutschland ver-
 büßen, ist ein gleicher Gnadenakt in Vorbereitung.

Eine neutrale Kommission zur Kontrolle der Zerstörungen.

Wolffs Bureau teilt mit: Zur Untersuchung der
 Wahrheit der Beschuldigungen über angeblich
 zwecklose Verwüstungen und Zerstörungen bei dem Rückzug
 der deutschen Truppen hat sich eine neutrale Kommission,
 bestehend aus den in Brüssel wohnhaften Vertretern neutraler
 Staaten an die Front begeben. Der Chef der politischen Ab-
 teilung in Brüssel, Gesandter Freiherr von der Vanden, hat
 die Führung der Kommission übernommen.

Die neutrale Kommission setzt sich zusammen aus dem
 spanischen Gesandten Marquis Villalobar, dem holländischen
 Gesandten Herrn van Vollenhoven und folgenden Delegierten
 der Neutrale Kommission: dem Spanier Saura, dem Niederländer
 Langenberg und dem Belgier van Bree.

Italiens Angst vor Wilsons Schiedsrichter- schafft.

Genf, 20. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Corriere“.) Der
 „Corriere“ wiederholt im Anschluß an den Artikel des „Temps“ die
 Forderung der diplomatischen Einheitsfront und weist insbesondere
 auf die Formel Wilsons hin, die für Italien eine Grenze gemäß
 der erkennbaren Nationalitätsgrenzen fordert. Hier ebenso wie bei
 Esch-Kobringer sei eine historisch-geographische Interpretation
 notwendig. Italien trat in den Krieg nicht mit einem Verzicht ein,
 der seine Rechte fixiert. Erkennt Amerika diese an? Offizielle un-
 beantwortliche Versicherungen genügen nicht. Wir wollen nicht
 während des Friedensankongresses sitzen und wollen nicht, daß der
 Kongreß eine juristische Enttäuschung für uns
 wäre. Wenn wir auch ohne Amerika den Krieg verloren hätten, so
 kann Wilson doch nicht beanspruchen, oberster Schiedsrichter unseres
 Schicksals zu sein.

Genf, 21. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Corriere“.) Der
 „Messager“ veröffentlicht einen Brief Salandra an Man-
 ondo, worin der Minister dem Artikel des „Matin“ Bezug im
 „Ouvrier“ zustimmt, der für den Waffenstillstand Seegaran-
 tien durch Verletzung von Vorkum, Sylt, Helgoland und dän. Ege-
 hoven fordert. Er fügt hinzu, der Oberste Bedarf der Ergänzung
 durch Garantien in der Adria. Da die Antwort Wilsons die Selbst-
 ändigkeit der Südküste anerkennt und der Südküstenstaat
 Österreich von der Adriaküste ausschließt, so bezieht die Forderung
 Salandra's tatsächlich die Seegegarantien auf das Territorium der
 Südküste.

Die Haltung der französischen Sozialisten.

Genf, 20. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Corriere“.) Die
 sozialistische Fraktion sendet an Clemenceau eine Dele-
 gation, um die Auffassungen der Regierung über die Ausein-
 anderetzungen der Zentralmächte mit Wilson zu erfahren. Die
 Fraktion diskutiert die Frage, ob sie wegen der diplomatischen Einig-
 keit und wegen der Geheimverträge interpellieren soll. Ein ge-
 meinsames Manifest der Fraktion, des Parteivorstandes
 und der Konföderation der Gewerkschaften wird abgeleert.

Genf, 21. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Corriere“.) Der
 „Figaro“ teilt mit, daß 50 Sozialisten, die nach der
 Rede Clemenceaus schon belächelt und durch Hoch-
 rufe auf Wilson demonstrierten,

Wilson und Oesterreich-Ungarn.

Die tschechische Regierung in Paris erklärt die Haböburger für abgesetzt.

Die Vereinigten Staaten haben mit einer von Lansing unterzeichneten Note am 18. d. M. die österreichische Friedensnote folgendermaßen beantwortet:

Der Präsident hält es für seine Pflicht, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß er sich dem gegenwärtigen Vorschlag dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von größter Bedeutung, die seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Januar sich ereignet und notwendigerweise die Haltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten ändern, nicht in Betracht ziehen kann. Unter den 14 Friedensbedingungen, die der Präsident damals formulierte, kam die folgende vor:

„Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschätzt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.“

Seit dieser Zeit geschrieben und vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten angekündigt wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschechoslowaken und dem Deutschen und österreichisch-ungarischen Reich besteht, und daß der tschechoslowakische Nationalrat eine de facto kriegsführende Regierung ist, die mit der entsprechenden Autorität ausgestattet ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken zu leiten. Sie hat auch in weitestgehender Weise die Gerechtigkeit der nationalen Aspirationen der Jugoslawen nach Freiheit anerkannt. Der Präsident verfügt deshalb nicht länger über die Freiheit, die Forderung „Autonomie“ dieser Völker als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß sie und nicht ein Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen wird.

Oesterreich-Ungarn kann sich den Absichten Wilsons nicht widersetzen, da seine Völker selbst bereits die Gründung ihrer eigenen Staatlichkeit in ihre Hand genommen haben. Von deutschem Standpunkt aus ist auch gar nichts dagegen einzuwenden, daß die Völker sich auf ihrem Boden nach ihrem eigenen Belieben einrichten und dann für das Nebeneinanderleben, auf das sie angewiesen sind, einen für alle erträglichen Modus suchen.

Die einzelnen Staaten Oesterreichs werden weniger Feinde des deutschen Volkes sein, als dies ein durch Polens Zutritt slavisiertes Oesterreich-Ungarn vielleicht gewesen wäre.

Genf, 20. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Gazeta“ meldet aus Washington: Der tschechoslowakische Nationalrat proklamierte die Unabhängigkeit der tschechoslowakischen Nation. Eine Kopie der Urkunde, welche

die Abschaffung der Haböburger

erklärt, wurde Wilson überreicht. Nach dem „Paris Post“ übernahm in dem von der Entente als Regierung anerkannten tschechoslowakischen Nationalrat Jansky das Amt des Außenministers, Kozak die Finanzen. Der bei der französischen Regierung beglaubigte Schrabana wird tschechoslowakischer Geschäftsträger in Paris.

Die Umgehung der Wiener Instanzen.

Wien, 20. Oktober. Die Blätter melden aus Prag: Gestern tagte unter dem Vorsitz von Aramarsch der tschechische Nationalauschuss und der tschechische Abgeordneteverband. Die Beratungen waren vertraulich. Es wurde eine Resolution gefaßt, in welcher sich der Nationalauschuss für Selbständigkeit des tschechischen Staates mit Umgehung der Wiener Instanzen und für den Schutz der Slowaken ausspricht. Die gestern Abend wieder neu erschienenen „Karolus List“ schreiben über die Beratungen: In erster Linie wurden neuerlich und bestimmt die Ziele der tschechoslowakischen Nation, welche einzig und allein in dem mit den polnischen und südslawischen Staaten verbündeten souveränen selbständigen tschechoslowakischen Staate gipeln, festgelegt. Es wurde klar ausgesprochen, daß die Grundlage des tschechoslowakischen Staates nicht durch Abtretung von Teilen seines historischen Landes gefährdet werden könne, auch solle der tschechoslowakische Staat in weitestem Sinne ein demokratischer sein, welcher grundsätzlich den Begriff voller Gerechtigkeit gegenüber allen Bewohnern dieses Staates ohne Unterschied der Nationalität in sich begreife. Der Nationalauschuss und mit ihm untrennbar das ganze tschechische Volk beschaffen unverzüglich auf dem Standpunkte, daß es mit Wien für die tschechoslowakische Nation, keinerlei Verhandlungen über ihre Zukunft gebe. Die tschechische Frage habe aufgehört, eine Frage der inneren Regelung Oesterreichs zu sein. Sie ist eine internationale Frage und werde gemeinsam mit allen Weltfragen gelöst.

Warum Ungarn das Bündnis mit Deutschland löst.

Hoffnung auf Staatserhaltung durch Wilson.

Wien, 21. Oktober. Zur Erklärung der Eile, mit der Ungarn das Bündnis mit Deutschland für aufgelöst erklärt hat, mag eine Werner Depesche beigetragen haben, der zufolge Wilson einer ungarischen Deposition erklärt hat, daß es eine unrichtige Auffassung sei, als ob er die Zerstörung Ungarns anstrebte, und daß das Selbstbestimmungsrecht Ungarns nicht gefährdet werde; im Gegenteil dürften auf den Friedensverhandlungen die Unabhängigkeit der ungarischen Nation und die historische anerkannte Grenzlinie Ungarns respektiert werden. Diese Versicherungen Wilsons hätten bei den österreichischen Ungarn große Begeisterung hervorgerufen, und sämtliche ungarische Vereine, die seit Kriegsausbruch ihre Tätigkeit eingestellt hätten, hätten wieder ihre ungarischen Fahnen gehißt. Die Ungarn zogen durch die Straßen mit dreifarbigem Nationalfahnen, in deren Mitte die Photographie Wilsons angeheftet war.

Wien, 21. Oktober. Die „Ungarische Post“ meldet: Ministerpräsident Dr. Bekerle ist gestern Abend in Wien eingetroffen. Er konferierte längere Zeit mit dem Minister des Auswärtigen von Durian. Heute vormittag besaß sich Dr. Bekerle in das auswärtige Amt, wo eine gemeinsame Ministerkonferenz stattfand, an der Mitglieder der gemeinsamen Regierung und die beiden Ministerpräsidenten teilnahmen.

Bestige Kämpfe zwischen Urfel und Kortrif — Der Feind nördlich Tournai an der Schelde — Großangriff bei Le Cateau gescheitert — Angriffe östlich Vouziers.

Berlin, 21. Oktober 1918, abends. Amtlich.

Der Feind beschränkte sich an den Kampfzonen auf Teilangriffe, die von uns abgewiesen wurden. Unser Gegenangriff gegen die vom Feinde besetzten Höhen auf östlichem Urfel-Ufer beiderseits Vouziers ist in gutem Fortschreiten.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern wurde vor und um den Urfel-Abchnitt zwischen Urfel und Kortrif heftig gekämpft. In Sommeren vorübergehend eingedrungenen Feind warfen wir im Gegenangriff wieder zurück. Beiderseits der Urfel-Seele schloß sich der Gegner auf dem Westufer der Urfel-Seele, die südlich der Stadt über den Fluß vordrangen, wurden zum größten Teil gefangen genommen. Ein französischer Bataillon auf dem östlichen Ufer zurück. Östlich von Kortrif schloß der Feind über Dierik und J. Wevegem vor. Auf den Höhen westlich und südwestlich von Urfel brachten wir seine Angriffe zum Stehen; nördlich der Schelde wies wir den Feind vor unseren Linien ab. Nördlich von Tournai hat der Gegner die Schelde erreicht. Südlich von Tournai standen wir mit ihm in der Linie St. Amant östlich von Denain und auf den Höhen östlich und nördöstlich von Gasprez in Gefechtsstellung.

Beiderseits von Solesmes und Le Cateau griff der Engländer gestern in Ausdehnung seiner am 17. und 18. 10. zwischen Le Cateau und der Dife geführten Angriffe mit starken Kräften an. Zwischen Sommain und Vertain blieben seine Angriffe auf den Höhen westlich der Harprie-Niederung in unger Abwehrstellung liegen; beiderseits von Solesmes brachten wir den über unsere vorderen Linien hinaus vordringenden Feind auf den Höhen östlich und südöstlich der Stadt zum Stehen. Romeries und Amerval gingen verloren und wurden im Gegenangriff wieder gewonnen. Beiderseits von Le Cateau haben wir unsere Stellungen nach hartem wechselvollem Kampf im allgemeinen behauptet. Die Brandenburgische 44. Reserve-Division unter Führung des Generalmajors Hans hat sich hier besonders bewährt. Der mit großen Mitteln unternommene Angriff des Feindes ist somit auf der ganzen 20 Kilometer breiten Front bis auf östlich beschränkten Bodengewinn des Gegners an der Höhepunkt unserer durch Artillerie wirksam unterstützten Infanterie gescheitert.

Seezugsgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Serre wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen. Beiderseits der Straße Laon—Marie sanderten wir im Gegenangriff Teile unserer noch in Feindes Hand gebliebenen Linien und wiesen starke Gegenangriffe ab. Auf westlich der Urfel nahmen sprengfähige Bataillone und das in den letzten Räumden besonders bewährte Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 231 im Gegenangriff ihre Stellung wieder und schlugen feindliche Angriffe ab. Östlich von Vouziers suchte der Feind seine am 19. 10. erzwungenen örtlichen Erfolge durch Fortsetzung seiner Angriffe zu erweitern. Vornehmlich sind sie am Gegenangriff des Infanterie-Regiments Nr. 411 und an der frühen Abwehr der 7. Kompagnie bayerischen Infanterie-Regiments Nr. 24 gescheitert.

Seezugsgruppe Gaiswink.

Östlich von Santherville wurden Teilangriffe der Amerikaner abgewiesen. Im übrigen blieb die Beschäftigung beiderseits der Maas in mäßigen Grenzen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Au der Morawa schlugen wir erneute Teilangriffe der Serben ab.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubadoff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. Oktober. Amtlich wird verkündet: Auf dem italienischen Kriegsschauplatz keine größeren Kampfhandlungen. — Beiderseits der südlich in Morawa wurden serbische Teilangriffe abgewiesen. — Im Gebirge westlich von Jajecar macht sich serbischer Druck härter fühlbar. Der Chef des Generalstabes.

Keine dänische Note an Deutschland.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In verschiedenen Blättern sind Nachrichten ausgebracht, daß die dänische Regierung an die kaiserliche Regierung eine Note gerichtet habe, die in lokaler Fassung nahegelegene gewisse Vertragspunkte aus den 1807er Jahren, die bisher unerledigt geblieben, einer wohlwollenden Erwidrung zu unterziehen. Gegenüber diesen Meldungen stellen wir hiermit fest, daß die dänische Regierung weder eine Note an die kaiserliche Regierung geschickt, noch sonst in irgend einer Form in der schleswigschen Frage an die kaiserliche Regierung herantreten ist.

Die Lansdowne-Gruppe für die Wilsonschen Bedingungen.

Bern, 20. Oktober. Nach „Daily News“ fand in der Eserhalle in London eine stark besuchte Versammlung statt, die das Lansdowne-Komitee einberufen hatte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, die besagt, es sei im Interesse Englands, einen ehrenvollen Frieden auf Grund der von Wilson vorgelegenen und von Deutschland angenommenen Bedingungen zu schließen. Es sei zu hoffen, daß ein Waffenstillstand, der angemessene Bürgschaften biete, schnell vereinbart werde. Der Vorsitzende Hugh Bell sagte, die Bedingungen Wilsons ließen Spielraum für Verhandlungen. Ein Frieden auf Grund von Verhandlungen sei das, was sie immer erstrebt hätten. George Lansdowne führte aus, er habe Vertrauen zu dem guten Glauben Wilsons, aber nicht zu den Leuten, die England leiteten. Das Parlament schiene außer Stande, die Minister zu einer deutlichen Erklärung ihrer Politik zu nötigen. Ede das geschehen sei, wisse man nicht, was Wilsons Alliierte glaubten oder wünschten. Hätte England Führer gehabt, die ihre Ziele und Bedingungen wie Wilson klar formuliert hätten, so wäre der Krieg längst beendet. Noel Dutton sagte, seine Freunde wollten Wilsons Politik und nicht als diese. Gegen eine Erniedrigung der militärischen Führer Deutschlands sei nichts einzuwenden, wenn aber dem deutschen Volke eine Erniedrigung zugefügt werde, gehe man einem neuen Krieg entgegen.

Ententistische Wirkungen in Rumänien.

Marghiloman an England und Frankreich.

Auf eine Anfrage des ententefreundlichen Deputierten Cuga in der Dobrudschafraage erwiderte Ministerpräsident Marghiloman: Während die Räumung der besetzten griechischen und serbischen Gebiete sofort erfolgte, wurden die besetzten Gebiete Rumaniens von der bulgarischen Armee nicht geräumt. Cuga sagt uns, daß wir ruhig sein dürfen, weil in einer Verlautbarung, deren amtlichen Charakter ich nicht kenne, der Presse mitgeteilt wird, daß die Entente aufserhalb und beruhigende Erklärungen für Rumänien gegeben habe. Ich bestreite nicht, daß der diesige englische oder französische Gesandte bereit ist, zu versichern, daß Rumänien in der Dobrudschafraage nicht geschädigt werden wird, weil sie dies im guten Glauben wünschen. Ihre Regierungen aber sprechen nicht. Sollte der französische Gesandte im Namen seiner Regierung erklären, daß Rumänien bei der Revision des Friedens die ganze Dobrudschafraage erhalten werde, so würde ich selbstverständlich eine solche Erklärung mit Dank entgegennehmen, solange dies aber nicht geschehen ist, müssen wir kaltes Blut bewahren.

Marghiloman wendete sich mit weiteren Ausführungen gegen die Behauptung Cugas, der den baldigen Sieg seiner Politik über die der Regierung angekündigt hatte. Er rief Cuga die Kriegspolitik unter die Nase, die das Land um die Rolle gebracht habe, die es heute spielen könnte. „Ich hoffe, daß man unsere Räumungen befolgen wird und daß uns alle ohne Unterschied unterstützen werden, damit wir im Besitz unserer ganzen früheren um Vessarabien vermehrten Gebiete bleiben.“ Die Ausführungen Marghilomans wurden in der Kammer mit langanhaltendem, stürmischem Beifall aufgenommen.

Auf Antrag des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschloß die Kammer mit 79 gegen 8 Stimmen die Freilassung des verhafteten früheren Ministers Constantinescu. Der Ausschuss hatte der Kammer in geheimer Sitzung alle nötigen Aufklärungen gegeben und darauf hingewiesen, daß die Untersuchung bereits so weit vorgeschritten sei, um ohne Schaden für den weiteren Gang die Untersuchungsdienst Constantinescu aufgehoben werden könnte. Die Freilassung Constantinescus erfolgte am gleichen Abend.

Zwei schon aus der Zeit der Neutralität bekannte Ententisten, Virvoa Leca und Borcaloglu, gehörten in der Druckerlei des Kaiserlichen Konsulats in Jassi. Gegen ihre Verhaftung und Uebermittlung an die Militärgerichte erhob der Abgeordnete Traicu-Gassy in der Kammer Widerspruch. Ministerpräsident Marghiloman trat in schärfster Weise gegen jedweden Versuch der Aufhebung und gegen alle jene auf, welche die Aufheber verteidigten.

Die finnischen Sozialdemokraten und die Entente.

* Nach der Niederlage der Roten Partei in Finnland sind bekanntlich eine größere Anzahl Führer der finnischen Sozialdemokratie nach Rußland zur Sowjetregierung geflüchtet. Diese flüchteten ihnen und den zehntausend nach Rußland emigrierten finnischen Revolutionskämpfern Boden zur Kolonisation zur Verfügung. Als indessen die Entente sich in den innerrussischen Parteienkreis einschaltete und Truppen an der Karmanhälfte landete, wandten sich ein Teil der finnischen Sozialisten, darunter Tokoi, der Führer der gemeinschaftlichen Landbesitzer des Finnlands und früherer Landtagspräsident, von den Bolschewik ab und der Entente zu. Tokoi und Wessly erließen einen Aufruf an die finnische Arbeiterschaft gegen die Bolschewik und für die Ententeorientierung und überflogen auch persönlich nach England. Jetzt sind sie von der russischen Sowjetregierung als Verräter an der Internationale und der Revolution zum Tode verurteilt worden.

Englands künftige Zollpolitik.

Der Niedergang des Freihändlerturns.

Bern, 20. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Handelskammer in Manchester veranstaltete eine Abstimmung über die künftige Zollpolitik. Von 3069 Firmen antworteten 600. Davon stimmten 808 für geschützten Schutz der Rohstoffindustrie und für Zollschutz oder Staatshilfe für Industrien, deren Erhaltung aus nationalem Interesse oder darum notwendig ist, weil diese wichtige Industrie einer gesicherten Entwicklung bedarf; ferner für geltende Vorzugsbehandlung der Dominions, aber ohne Änderung des Verhältnisses zu den Alliierten und Neutralen. Der Vorschlag eines allgemeinen zehnprozentigen Einfuhrzolles bekam 165 Stimmen. Für beide Vorschläge stimmten 20, gegen beide 103. Die letzte Zahl repräsentiert die Freihändler, deren Schwäche in der Abkühlung des Liberalismus bezeichnend ist. Das Wort der Freiheit repräsentiert nach dem „Manchester Guardian“ die Anhänger der Handelskammer gegen den Handelskrieg gegen Deutschland.

Der Proporz für die Schweizer Nationalratswahlen.

In einer Volksabstimmung nahm das Schweizer Volk am Sonntag mit 800000 gegen 150000 Stimmen das Initiativbegehren auf Einführung des proportionalen Wahlverfahrens für die Wahlen des Nationalrates an.

Ein Sozialdemokrat in der bulgarischen Republik. Nach einer Mitteilung des bulgarischen Telegraphenbureaus ist in das von den demokratischen und radikalen Parteien gebildete und jetzt durch Eintritt von Führern der anderen gegen Radokoff opponierenden Parteien verstärkte Ministerium auch ein Sozialist eingetreten. Der Sozialist Sakazoff ist Minister für Handel und Industrie und Arbeit. Die sozialistischen und Bauernparteien nehmen zum erstenmal Anteil an der Regierungsgeschäfte.

Parteiengestaltung in der georgischen Republik. Moskau, 18. Oktober. (Rosa.) „Pravda“ erhielt folgende neue Nachrichten aus Transkaukasien über die georgische Republik: „In der Spitze der Regierung haben die Menschewiki, doch diese Menschewiki sind in zwei feindliche Lager geteilt. Die Einen sind die Anhänger der deutschen Orientierung, die von der Zeitung „Borja“ vertritt werden, die anderen sind die Anhänger der russischen Orientierung und stehen in Opposition zu der Regierung, ihre Führer sind Aganjan, Wasserman und andere. Die Opposition gibt als ihr Organ die Zeitung „Sozialdemokrat“ heraus. Die Polemik zwischen diesen beiden Strömungen wird in denkbar scharfster Form geführt, so daß man schon gedruckt hat, den „Sozialdemokrat“ zu verbieten. Eine äußerst feindliche Stellung gegenüber der Regierung nehmen die Sozialrevolutionäre ein, deren Organ „Trudowje Snamojs“ wegen einer Artikel Schenkens verboten wurde. Die Demokraten teilen sich ähnlich wie die Sozialrevolutionäre in zwei Gruppen, in rechte und linke. Die linke Gruppe ist die Anhängerin der Sowjetmacht. Die Bolschewiki arbeiten offen und auch geheim und geben zweimal wöchentlich als ihr Organ die Zeitung „Djuleten“ heraus.“

Groß-Berlin

Die neue Reichsmarmelade.

Die Reichshilfe für Gemüse und Obst stellt uns mit: Dank der Bemühung aller an der Durchführung der Herbstobstbewirtschaftung Beteiligten kann nunmehr der Marmeladebedarf für das Jahr 1918/1919 als sichergestellt gelten. Es werden die gleichen Mengen Marmelade zur Verteilung kommen wie im Vorjahre. In Güte wird die Marmelade der vorjährigen nicht nachstehen. Die neue Reichsmarmelade wird sich aus 60 Teilen reinen Puders, 30 Teilen Obstmark (das ist reines Obst nach Entfernung der Schalen und anderer Abfälle) und höchstens 40 bis 50 Teilen Streckungsmitteln zusammensetzen. Als Streckungsmittel kommen, entsprechend früheren Erfahrungen, Rohrzucker überhaupt nicht, die nahrhaften, aber von ihrem Eigengeschmack nur durch besondere Behandlung zu befreienden Runkelrüben in ganz geringem Umfange, dagegen hauptsächlich die sehr zuckerhaltigen und an ähnlichen hochwertigen Nährstoffen reichen Kohlrüben sowie die gleichfalls stark zuckerhaltigen Obstreste (das sind die bei der Obstsaftpresserei gewonnenen Restbestände) in Betracht. Besonders verdient die 60 Teile betragende Beimischung von reinem Puder hervorgehoben zu werden, die allein schon der Marmelade die Eigenschaft eines wertvollen Nahrungsmittels und gleichzeitig Genussmittels sichert. Den Fabrikanten und ebenso den Gemeinden, durch die die Marmelade an das Publikum verkauft wird, ist jede andere oder weittragende Streckung, als oben angegeben, streng untersagt. Faulige oder gar verkaufte Früchte dürfen zur Marmelade niemals bearbeitet werden. Früchte, die kleinere faule Stellen zeigen, erst nach sorgfältiger Entfernung dieser fauligen Stellen. Mangelhafter Rohstoff ist von der Marmeladebereitung ausgeschlossen.

Die schädlichstschmeckende, minderwertige oder gar gesundheitsschädliche Marmelade in den Verkehr gelangt, kann es sich nur um gefälschtes bezogenes und durch Schleißhändler vertriebene Ware handeln. Im Interesse der Allgemeinheit befragt es die Reichshilfe dankbar, wenn Proben derartiger Erzeugnisse angehäuft ihrer Kontrollabteilung in Berlin W. 57, Potsdamer Str. 74, unter genauer Angabe des Verkäufers und Verkaufsorts zur weiteren Verfolgung übersandt werden.

Die in den ersten Rosenberatern zur Ausgabe gelangende Marmelade ist noch nach dem vorjährigen Rezept, die nächstfolgende schon nach dem neuen Rezept hergestellt. Da gerade in den letzten Tagen die Obstlieferungen in den Marmeladenfabriken über Erwartungen groß gemessen sind, steht schon heute fest, daß die etwa vom 1. Januar 1919 an zu verteilende Marmelade in immer geringerer Größe geliefert werden wird.

Der Preis der neuen Reichsmarmelade ist verläufig auf eine Mark je Pfunddose festgesetzt.

Gegen den Gebärzwang.

Eine Versammlung sozialdemokratischer Frauen Berlins läute am Freitag einen Vortrag der Genossin Marie Juchacz über Bevölkerungsfrage, Reichstag und Frauen. Die Gebirgswärterin aus dem Gebiet der Bevölkerungsfrage, die dem Reichstag vorgelegt worden sind und bisher die Abmilderung betraut haben, laufen bekanntlich auf einen Gebärzwang hinaus. Sie rüsten sich gegen Verhinderung der Geburten durch empfängnisverhütende Mittel sowie gegen Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung durch ärztliche Eingriffe. Genossin Juchacz führte aus, daß gegen diese Art von Bevölkerungsfrage, die man nicht anders als eine Vergewaltigung nennen könne, die Frauen sich auf entschiedene Weise wehren müssen. Deutschland liegung im Krieg, ein Volkstaat zu werden, in dem die eine Hälfte des Volkes, die Männer nämlich, mitzubestimmen hat. Daß auch die Frauen mitbestimmen müssen, davon liegung noch nicht die Rede, aber gerade durch jene Gelegenheitswörter werde gezeigt, wie nötig die Mitwirkung der Frauen an der Gesetzgebung sei. Die Rednerin erörterte die von ihr auch in einer Eingabe an den Reichstag dargelegten Gründe, aus denen man den geplanten Zwang zu schrankenloser Fortpflanzung unbedingt vermeiden müsse, so sehr im übrigen eine Geburtenzahl zu wünschen sei, die noch einen ausreichenden Heberich der Geburten über die Sterbefälle verblüht. Nicht auf die Menge, sondern auf die Güte des Nachwuchses kommt es an, und eben die leidet bei zu dicht aufeinander folgenden Geburten, die auch die Gesundheit der Mutter auf schwerste zu schädigen geeignet sind. Die gesundheitlich und volkswirtschaftlich sinnlose Verwässerung, die in einer großen Geburtenhäufung liegt, würde durch die geplanten Geburten sanktioniert werden. Sollen auch die Frauen von Trinken, von Schindulieren, von Spielplätzen, von Ungenügsamkeiten zur Bevölkerungsvermehrung beitragen durch einen Nachwuchs, der krank zur Welt kommt und der Gesellschaft zur Last fallen muß? Sonderbarerweise erklährt der Staat selber seinen Beamten die Heirat, und weiblichen Beamten wie er meist sogar verbietet, obwohl gerade diese Frauen eine gesundheitlich wertvolle Klasse darstellen. Die Abmilderung vieler Frauen gegen das Gebären ist zurückzuführen nicht so sehr auf Bequemlichkeit, wie oft behauptet wird, sondern hauptsächlich auf die ausgedehnte Erwerbsarbeit der Frau aus dem Volke. Daraus ergibt sich, daß nicht Gebärzwang, sondern soziale Reformen das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des Geburtenrückganges sind. Man schaffe a. B. auch eine Elternschaftsversicherung, man betreibe die Eltern von der Sorge, daß jeder Familiennachwuchs einen Erben mehr bedeutet. Unter günstigen sozialen Verhältnissen wird die Geburtenfrage sich von selber lösen, von selber wird der Wille zur Mutterchaft sich Bahn brechen. Dem Vortrag, der den vollen Beifall der Versammlung hatte, folgte eine kurze Besprechung. Genossin Martha Hoppe wies hin auf den Gegenstand, daß der Staat bisher die Mütterfürsorge auf ärgste vernachlässigt hat, aber jetzt die Frauen zur Mütterchaft zwingen will.

Die Grippe.

Bisher ist von einem Nachlassen der Krankheit noch nichts zu hören. Die Zeuge scheint sogar an Ausdehnung noch zu gewinnen. In Berlin sind jetzt bereits etwa 100 Schulen geschlossen.

Die Berliner Ostkrankenliste hat am Sonnabend einen Krankenbestand von insgesamt 1391 Fällen. 1194 Fälle waren als Grippe und 22 als Lungenerkrankung gemeldet. 39 Todesfälle wurden der Ostkrankenliste am Sonnabend gemeldet. Davon waren 20 Fälle Grippe, 8 Lungenerkrankung und einer Rippenfellentzündung.

In Charlottenburg soll nach einem Bericht des Stadtmedizinalrats Stülkens eingetreten sein, da in den Krankenhäusern wieder Abnahme nach Zunahme der Erkrankungen zu melden sind. In Neukölln wird ein Abnehmen der Erkrankungen angenommen, da die Zahl der Aufnahmefälligen in städtischen Krankenhäusern zurückgegangen ist. In Wilmersdorf mußten sämtliche Schulen geschlossen werden, ebenso im Kreise Lützow auf zwei Wochen, da die Zahl der Erkrankten einen sehr großen Umfang angenommen hat.

Am Kreis Niederharnim erstreckt sich die Schulkriegung zunächst auf die Gemeinde Friedrichshagen-Markhorst, Friedrichshagen und Niederharnhausen. In Spandau ist ebenfalls eine Steigerung der Erkrankungen wahrzunehmen.

Kleidung für bedürftige entlassene Krieger.

Die Reichshilfsstelle hat einen Versorgungsplan beantragt, wonach 750 000 Anzüge und 250 000 Mäntel aus getragenen Militärsachen und 500 000 neue Anzüge für bedürftige entlassene Krieger bestimmt sind. Zunächst werden nur Anzüge und Mäntel aus getragenen Militärsachen abgegeben. Neue Anzüge müssen erst angefertigt werden, so daß eine Abgabe von neuen Anzügen bis auf weiteres noch nicht möglich ist.

Nach der Bekanntmachung ist bedürftig, wer keinen noch brauchbaren bürgerlichen Anzug oder Mantel besitzt und demot unbenutzt ist, daß er sich diese Kleidungsstücke im freien Verkehr zu den dafür üblichen angemessenen Preisen nicht kaufen kann. 300 000 Anzüge und 50 000 Mäntel werden an die Kerkern der Entlassenen unentgeltlich abgegeben. Bei den übrigen Kleidungsstücken gewährt das Reich einen Zuschuß von 10 oder 14 M. zur Verbilligung. Diefür hat das Reichshilfskomitee 21 Millionen Mark bewilligt.

Mit der Abgabe der Kleidungsstücke sind die Kommunalverbände beauftragt worden. Die Dienststellen, die die Anträge der entlassenen Krieger entgegennehmen, und die Abgabestellen der Anzüge werden von den Kommunalverbänden noch bekanntgegeben werden. Die Abgabe der Kleidungsstücke erfolgt nur in den Kom-

Kriegsminister Scheuch über die Kriegsanzleihe:

Wer nicht Kriegsanzleihe zeichnet, handelt falsch, denn die Kriegsanzleihe wird immer mindestens so gut sein wie bares Geld.

Reich

munalverbänden, nach denen die Krieger nach dem Inhalt ihrer Militärpapiere von den Truppenstellen entlassen worden sind. Bei der Antragstellung ist der Militärpaß mitzubringen. Wird das Gesuch genehmigt, so wird den Entlassenen eine Bedürftigkeitsbescheinigung ausgestellt. Nur gegen diese Bescheinigung und einen Bezugsschein der örtlich zuständigen Stelle erhält er die Kleidungsstücke.

Es werden nur solche bedürftige Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine versorgt, die während des Krieges aus allen militärischen Verhältnissen oder nach dem Kriege infolge der Abmilderung entlassen wurden. Wer während des Krieges infolge Reklamation zur Aufnahme von Arbeiten usw. entlassen wird und dessen Wiedereingliederung zum Heeresdienst nicht ausgeschlossen ist, wird auf diesem Wege nicht versorgt. Die Entlassenen erhalten nur einmal unmittelbar nach der Entlassung einen Anzug oder Mantel. Wer nach einem Kommunalverband entlassen wird, an dem er vor seiner Entlassung nicht gewohnt und gearbeitet hat, dem wird empfohlen, sich die Bedürftigkeit bei seinem Truppenkreis bescheinigen zu lassen, damit die Kräftigung der Bedürftigkeit im Kommunalverband vereinfacht wird.

Der Menschheit ganzer Jammer...

Zu der Gerichtsverhandlung unter obiger Überschrift in der Dienstagsnummer erhalten wir vom Johannisthaler Gemeindevorstand nachfolgende Zuschrift:

Wie lebensfähig die Opferlosigkeit der Berliner Einwohnerchaft sich erhalten hat, beweisen die Erfolge des Gerichts über die Schwurgerichtsverhandlung gegen die Witwe Marie J. wegen verunglückter Lösung ihrer Kinder. Der Verteidiger der Angeklagten hat seine Verteidlungsrede mit so dramatischem Schwung aufzubauen, daß die Geschworenen für die Angeklagte sogar eine Sammlung veranstalteten. Beim Gemeindevorstand ist aus diesem Anlaß bereits eine größere Anzahl von Angeboten eingegangen, welche der freigebrachten Hilfe leisten wollen. Die Gemeinde ist gern bereit, diese Hilfe für die vier Kinder der Frau J., welche sie in ihre Obhut genommen hat, anzunehmen, hinsichtlich der Frau läßt sie nach wie vor Überlegungen weniger für angebracht. Bei dem in dem Bericht scharf mitgenommene Zeugen Stodhauen ist eine Reihe von Schmädh- und Drohbrieffen eingegangen. Der Gemeindevorstand hat darauf zu antworten: Frau J. hat aus dem Nachlaß ihres am 5. Mai 1916 verstorbenen Mannes 4700 M. erhalten, dem Luftfahrverbot erhielt sie vom Tode des Mannes an bis zu dem sogenannten Todschlagversuch 1300 M., von der Gemeinde wurden für die Kinder 642 M. angewendet, das sind in 22 Monaten zusammen 6642 M. für einen Monat also über 300 M. Daneben will Frau J. noch gearbeitet haben. Zusätzlich allerdings hat sie immer nur einige Tage gearbeitet, wegen Krankheit ist sie nur ganz kurze Zeit behandelt worden. Unrichtig ist auch die Angabe, daß die Gemeinde erst auf Beschwerde an den Regierungspräsidenten Hilfe geleistet hat. Die Beschwerde ist vielmehr abgewiesen worden, da die Gemeinde die Familie J. schon lange vorher in Fürsorge genommen hatte. Ebenso falsch ist die Angabe, Frau J. habe sich durch die Beschwerde des Wohlwollen des Hauswärters und Armenpflegers Stodhauen verschuldet. Herr Stodhauen hat von dieser Beschwerde überhaupt nichts gewußt, er hat auch die Abmilderung gegen die Frau nicht angekreht, sondern der in Charlottenburg wohnende Finanzverwalter, der nach dem Krieg nur einen Monat Radlungsfrist bewilligen kann, auf eigene Gefahr hin aber drei Monate Ausland gewährte. Vier Zeugen haben die Frau J. häufig abends in unangenehmem Zustande mit der Straßenbahn aus dem Orte herausfahren sehen, zweifellos nicht um sich zur Arbeit zu begeben. Zwei Zeugen geben an, daß Frau J. nachts fremde Männer beherbergt hat, nicht den Verdacht. Die Kinder mußten zu diesem Zweck ihr Schlafzimmer räumen, mehrere Zeugen bekunden den abendlichen Verkehr mit verschiedenen Männern in hiesigen Schanklokalen. Die Frau hat die Kinder jedes Monate lang unter den nichtigsten Vorwänden der Schule ferngehalten, die Hilfe der Gemeindevorstand, welche sich etwa zwölfmal zur Instandhaltung des Haushaltes, um der Frau hergeleitete Verschuldung zu ermöglchen, angeboten hatte, wurde ebenfalls unter nichtigen Vorwänden abgelehnt. Die Kinder waren, als die Frau die Tat begangen, voller Angezieser und in der Kleidung zerlumpt, in der Wohnung vertrieben vor der Tür größte Unsauberkeit und Unordnung, die unlaubere Wäsche lag in hohen Haufen in der Wohnung und verdrängte alle Möbel. — So liegt der wahre Sachverhalt, der nunmehr von der Gemeinde, der man den Vorwurf gemacht hat, daß sie die Angelegenheit nicht nachgeprüft habe, protokolllarisch festgelegt worden ist. Diese Tatsachen sind in der Verhandlung nicht zur Sprache gekommen, weil die Zeugen nicht danach gefragt wurden, diese auch nicht die Aufgabe hatten, auf die Verurteilung der Angeklagten zu dringen und die bekanntlich auch nach der Verteidlungsrede des Rechtsanwalts nicht mehr zu Worte kommen.

Die Choleraerkrankungen in Berlin und Umgegend, über welche Ausgange September berichtet worden ist, sind sämtlich erloschen. Im ganzen handelt es sich um 10 Erkrankungen, von denen 15 tödlich geendigt und vier in Genesung übergegangen sind.

Der leidige Papiermangel zwingt uns leider heute abermals, den Text unseres Blattes erheblich zu verringern.

Weihnachtsopfer für die südtische Bevölkerung. Trotz der geringen Oberteile dieses Jahres sollen auch für diese Weihnachten Opfer durch die Groß-Berliner Kommunalverbände verteilt werden. In der Obst- und Gemüseverteilung der Berliner Magistrats sind gegenwärtig mit den beteiligten Kreisen Verhandlungen über die beste Verteilung dieser Weihnachtsopfer statt. Sie wird voraussichtlich durch die zugelassenen Obsthändler auf Lebensmittelkarten erfolgen. Welche Mengen auf den Kopf der Bevölkerung entfallen werden, steht noch nicht fest.

Blinde Akademiker, nicht bloß von Berlin, sondern von ganz Deutschland erhalten über die Verfügung von Wäbern Rat und Hilfe durch die Wäberei der städt. Blindenanstalt, Dranienstr. 23, die für blinde Akademiker dort eingerichtet ist.

Von Einbrechern angefallen und schwer verletzt wurde der Hofschlächtermeister Robert Smolinski in der Wannestra. 182, E., der im Erdgeschoß über seinen Kellerräumen der Wäberstraße im Seitenflügel wohnt, war Sonntagmorgens mit seiner Frau ausgegangen. Gegen Abend wurde seine Tochter, die allein zu Hause geblieben war, durch den Fernsprecher nach einer Bekanntschaft am Grünen Weg, deren Inhaberin ihr bekannt ist, eingeladen. Es kam dort mit mehreren Gästen zu einer Jagerei, bei der das Mädchen betrunken gemacht wurde. Unterdessen kehrte Smolinski mit seiner Frau gegen 10 Uhr abends nach Hause zurück. Die Oberstühle er drei Einbrecher, zwei Männer und eine Frauensperson, die eifrig an der Arbeit waren. Sie hatten einen Wandspiegel hinter einem Spiegel entdeckt und geöffnet und 60 000 M. herausgeholt. Die Lieberknechte schloßen auf Smolinski und verletzten ihn an der rechten Brustseite und an der linken Hand so schwer, daß er zusammenbrach. Dann ergriffen sie die Frau und liehen von ihrer Baute 16 000 M. im Stich. Die Ermittlungen ergaben, daß die Frauensperson in der Bekanntschaft am Grünen Weg der betrunkenen Tochter Smolinskis heimlich die Schlüssel abgenommen und dann mit zwei männlichen Gästen, denen, die die Fächerer beauftragt hatten, den Einbruch ausgeführt hat. Die Baute ist noch nicht ermittelt. Smolinski mußte nach dem Krankenhaus Dranienstr. gebracht werden und liegt dort schwer danieder.

Zwei Nieseneindrücke wurden in der Nacht zum Sonntag verabschiedet. Einbrecher stahlen dem Warenhaus Engel, Landsberger Straße einen Verlust ab und stahlen dort für 800 000 Mark Seidenwaren. — Einem Kürschnermeister in der Büchlingstraße wurden in derselben Nacht für 150 000 M. Kürschnerwaren gestohlen.

Größte Feuer kam am Sonntag früh durch die Heizung in der 26. Knaben- und 179. Gemeindefriedhofstraße zum Ausbruch und wurde erst bemerkt, als die Schule vom 1. bis 3. Stockwerk in Flammen stand. Das Verdrach hat am meisten gelitten. Der Fußboden, die Decken, Wandverkleidungen und die Außenmauern im Erdgeschoß und ersten Stock sind in Reststücke eingestürzt. Beide Schulen mußten geschlossen werden.

Charlottenburg. Abendmahl. Auf die für die Woche vom 21. bis 27. Oktober gültigen Kartoffelkarten dürfen 7 Pfund Kartoffeln bis einschließlich 24. Oktober entnommen werden.

Von Donnerstag, den 24. Oktober, bis Sonnabend, den 2. November, werden verabschiedet 150 Gramm Kunsthonig auf Abschnitt 71 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte.

Schöneberg. Glanzvolle Feuerungszulagen. Der Magistrat hat für die einmalige Kriegsteuerungszulage folgende Tabelle beschlossen: Die Vorkosten, Heizkostenverpflichteten und Lebenslose an den höheren und Mittelhöhen erhalten in den 4 Gehaltsgruppen: 1. Gehaltsgruppe 100, 750, 500 und 1000 M., 2. Gehaltsgruppe 450, 600, 600 und 700 M., für Kinder 150 M., Kriegsteilnehmer erhalten 60 Proz. deren Kinder die vollen Höhe. Auch die im In- und Ausland lebenden und laufende Kriegsteuerungszulagen, wie Pensionen, Pensionen und Hinterbliebenen von Beamten, sowie auch die im Ausland lebenden Arbeiter und Arbeiterinnen und deren Hinterbliebenen erhalten Kriegsteuerungszulagen. Die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten je nach der Dauer der Tätigkeit in städtischen Diensten eine einmalige Zulage von 100 bis 600 M. für Berufstätige, von 70 bis 420 M. für Ledige, 30 bis 150 M. für Kinder. Die Kriegsteilnehmer werden gleichfalls nach der Dauer der Tätigkeit einmalig Zulagen gewährt, die nach den Vermögensklassen abgestuft sind und im Höchstfalle 200 M., im niedrigsten 30 M. betragen. Die Kosten dieser einmaligen Kriegsteuerungszulagen werden schätzungsweise 1 1/2 Millionen Mark betragen.

Lichtenberg. Lebensmittel. Gegen Voranmeldung auf Abschnitt 69 der gemeinsamen Lebensmittelkarte: 100 Gramm Weizenmehl, Abschnitt 213 der Lebensmittelkarte für Jugendliche: 100 Gramm Weizenmehl. In den städtischen Fischbänken und bei den hiesigen Fischhändlern und Kaufmannsgeschäften werden abgegeben: Auf Abschnitt 269 G. J. G. M. der Lichtenberger Lebensmittelkarte: 1 Pfund Strömlinge vom Werte von 1 60 M. pro Pfund, Abschnitt 277 G. J. G. M.: 1/2 Pfund Fisch- und Geflügel. (Bei nicht ausreichender Ration werden geringe Ausgabegaben.) Abschnitt 278 G. J. G. M.: 1/2 Pfund Käsewaren, und auf Abschnitt 279 G. J. G. M.: 1/2 Pfund Käsewaren.

Göpenik. Lebensmittel. Städtisch zu verteilende Lebensmittel gelangen vom Donnerstag, den 24. Oktober, ab in den Lebensmittelhandlungen der Stadt zum Verkauf.

Steglitz. Neber drei Millionen Mark Mientenskladigung (rund 3 200 000 M.) wurden seit Kriegsbeginn bis Ende vorigen Monats an die hiesigen Pauschbrieffe gezahlt. Es entfallen davon auf 1914: 55 000 M., 1915: 60 000 M., 1916: 80 000 M., 1917: 915 000 M., 1918 (Januar bis September): 733 000 M. Hoffen wir, daß, wenn einmal die Arbeitslosigkeit schwer auf der Arbeiterschaft unteseres Dries lahen sollte, die Gemeinde dann ebenso großzügig Mittel zur Verfügung stellt.

Brig. Lebensmittel. In dieser Woche gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe an Berliner Lebensmittelkarte: Abschnitt 63 100 Gramm Hüllensrübenmehl, Abschnitt 65 100 Gramm Quarkbrot; auf die Karte für Jugendliche: Abschnitt 20 200 Gramm Saft, und auf die Brig Lebensmittelkarte: Abschnitt 50 1 Dose Brotkrumen Federmaifast oder 1 Pfund Wackmurt im Darm je Haushalt, Abschnitt 61 Sonderverteilung und auf Abschnitt 9 der Karte ein Ei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Neukölln. Heute abend 8 1/2 Uhr, in den Passage-Hallen, Bergstr. 161: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht der Stadtverordnetenfraktion. Aufstellung der Kandidaten zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Ergebnissen. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung.

Göpenik. Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“. Keiner Sonat: Versammlung des Wahlvereins. Zur Verhandlung: Bericht der Stadtverordnetenfraktion. Aufstellung der Stadtverordneten-Kandidaten, Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten.

Oberschönewitz. Mittwoch, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokal von Ledwig, Laufenerstr. 5: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Baumwäcker über: „Politische Ereignisse der letzten Zeit.“

Wettersprognosen für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Teilweise neblig, sonst größtenteils trocken und vielach heiter, am Tage ziemlich mild, nachts besonders still und sehr kühl.

A Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

1 Kompottschüssel schweres Pressmuster in verschiedenen Ausführungen 2.95

1 Bierkanne reiches Pressmuster 2.95

1 Frucht-schale auf hohem Fuß 2.95

1 Likörsatz Flasche, vier Gläser und Tablett 2.95

1 Kuchenteller Pressmuster 2.95

1 Käseglocke hohes Pressmuster 2.95

1 Fruchtkorb schweres Pressmuster 2.95

Steinout

4 Kaffeebecher weiss od. hart, grosse Form 2.95

2 Vorratsstollen mit Deckel 2.95

6 Oberlinsen weiss 2.95

Jugendbüchse für Knaben u. Mädchen, viele Titel, mit Bildern, gut gebunden 2.95

2 Tassen mit Untertassen Porz. höchste Kantverzierung 2.95

1 Fussbank 2.95

1 Kuchenschüssel Emaille 2.95

6 Tassen mit Untertassen 2.95

Porzellan

1 Kuchenteller mit Fruchtverzierung 2.95

2 Abendbroteller mit Goldrand 2.95

1 Milchtopf mit breiter Rosenkante 2.95

1 Gemüseplatte rund 2.95

1 Bratenplatte oval 2.95

1 Tunkenschüssel 2.95

3 Teetassen mit Untertassen 2.95

1 Kaffee-kanne mit Rand 2.95

4 Kaffeebecher Porzellan, mit höchsten Kinderbildern 2.95

2 Essteller Emaille 2.95

1 Maschinen'opf Emaille 2.95

1 Kasserolle mit Stiel, Emaille 2.95

1 Bratpfanne mit Stiel oder Griff, Emaille 2.95

Wirtschaftsartikel

1 Schrubber 2.95

1 Backform 2.95

1 Scheuerbürste 2.95

1 Königskuchenform 2.95

1 Kopfbürste 2.95

1 Glanzbürste 2.95

1 Scheere 2.95

1 Butterglocke u. 1 Zuckerschale hohes Pressmuster 2.95

2 Vorratsdosen 2.95

1 Garderobenleiste 2.95

1 Springform 2.95

1 Butterdose Porzell., höchste Himmelsverzierung 2.95

2 Milchtöpfe Porzellan, mit Rosenkante 2.95

1 Kuchenblech 2.95

2 Kumpen Emaille 2.95

1 Salatschüssel Porzellan mit Fruchtverzierung 2.95

2 Milchtöpfe Porzellan, mit Gelbrand 2.95

6 Kaffeebecher weiss od. hart 2.95

Deutsches Theater
7 Uhr: Faust I.
Kammerspiele
8 Uhr: Der Welbstenfol.
Kleines Schauspielhaus
Fasanenstr. 1, Portal 5
7 1/2 Uhr: Frühling Erwachen

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
Direktion Friedrich Kaydler
7 1/2 Uhr: Berlin.

Theater Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Erdgeist.

Komödienhaus
7 1/2 U.: Die tanzende Nymphe.

Berliner Theater
7 1/2 U.: Hittubianer Blut.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/2 U.: Mein Nachbar Amois.
Mittwoch zum ersten Mal:
Der Margale von Keltch.

Deutsches Künstler-Theater.
7 1/2 Uhr: Liebe.
Mittw. u. folg. Tage: Liebe.

Casino-Theater.
Holtzinger Str. 20. Tägl. 7 1/2 U.:
Für noch wenige Vorstellungen
des Berliner Hofen-Schlingens
Then heißt man wieder!
Besitz der große Orchester-Orger.
Sonnt. 8 1/2 U.: Die goldene Weibche.
Sonnt. 8 1/2 U.: Die Heile Kuhn.

Theater der Friedrichshof.
Ecke Friedr.-u. Liniener
7 1/2 Uhr. Tägl. Nord. 1000.

Kaiserplatz 3, 1 Tr.
Ein lust. Sch. u. Musik v. Laus v. Müllendorff. Georg. L. Nette.
Mittw. Seaneh. Sonnt. 8 1/2 U.:
Hansel u. Gretel im Zauberwald.
Märchen u. Gesang u. Tanz.

National-Theater.
1/2 Operntheater Str. 68. 7 1/2
Der große
Operntheater!
Prinzenliebe.
Operette v. Walter Bromms.

Theater für Dienstag, 22. Oktober.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stamboul.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der Freischütz.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Hannerl.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Der Einsame.

Komische Oper
7 1/2 U.: Schwarzwalddübel.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater
7 U.: Die Faschingsfee

Palast-Theater
7 1/2 U.: Der Stralauer Fischzug.

Theater am Kottbuser Tor.
Kottbuserstr. 61. Letz. F. Wagner
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Große Varietè-Schau.
Dekorationen v. Hans.
Zille. — Anna Müller-Lincke.
Vorverk. 18 1/2—17 1/2 u. ab
8 U. sowie bei Wertheim.

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Die instige Witwe
mit Gnide Thielscher.

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Graf Rabenichts.

Admiralspalast.
Die Prinzessin
von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Schauburg-Lichtspiele
Neukölln, Bergstr. 151-52.
Stella Hart und Bruno Kastner in
Die Fürstin von Beranien
und das große Programm. Anf. 8 Uhr.

Circus Busch
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 8 1/2 u. 7 1/2.
Das große equestrische
Programm.

Corty-Althoff neueste
Nymphenstraße u. Pflanze.
u. a. Pausch, das Akro-
batenpaar.
2 Schw. Carré,
Nymphenstraße u. Pflanze.
4 Schw. Kaiser, Jockey.
Peppos lustige All-
und Hunde-Dressuren.
der Max mit den
Karlino, eisernen Rippen.
Oberon
Pausch Wasser-Pantomime.

Ferdinand Lassalle

Trianon-Theater
Hft. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2301
Täglich acht Uhr:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Iris Wüst, Bruno Kastner,
Emma Oehner, Hugo Flink,
Genta Klein, Sondelfeld.
Mittw. 4: Hansel und Gretel.
Donnerstag 4: Rolkäpchen.
Freitag 4: Schneewittchen.
Sonntag 4: Hansel und Gretel.
Sonntag 4: Johannisfeuer.

Apollon
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7 1/2, Sonnt. 8 1/2 u. 7 1/2.
**Die Welt
geht unter!**
Große Varietè-Aus-
stattungs-schau in
vielen Bildern mit
Senta Söneland
Ernst Lubitsch
u. a.
Sonnt. 8 1/2 Uhr jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags erm. 50. Preis!
Reichshallen-Saal 7 Uhr:
Großes Blüthen-Konzert.

**4 Uhr
nachmittags
Treff**
Tate Branne
Alexanderstraße 55
**Militär-
Konzert**
Gr. Post. 101-102.
Bat. 203
Musikleiter:
Arnold Ebel.
Serg. Maj. Gebel u. Terzin
Solfongherer Kapelle.

Zahngebisse.
Platz, Gr. 7, 50, 1. Kauf
Frau Wagner.
Rathstr. 18 I (Alexanderplatz)

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Gastsp. d. Friedr.
Wilhelmstäd. Theaters:
Das Dreimäderlhaus.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Donauliebchen.

Ferdinand Lassalle

Trianon-Theater
Hft. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2301
Täglich acht Uhr:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Iris Wüst, Bruno Kastner,
Emma Oehner, Hugo Flink,
Genta Klein, Sondelfeld.
Mittw. 4: Hansel und Gretel.
Donnerstag 4: Rolkäpchen.
Freitag 4: Schneewittchen.
Sonntag 4: Hansel und Gretel.
Sonntag 4: Johannisfeuer.

Apollon
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7 1/2, Sonnt. 8 1/2 u. 7 1/2.
**Die Welt
geht unter!**
Große Varietè-Aus-
stattungs-schau in
vielen Bildern mit
Senta Söneland
Ernst Lubitsch
u. a.
Sonnt. 8 1/2 Uhr jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags erm. 50. Preis!
Reichshallen-Saal 7 Uhr:
Großes Blüthen-Konzert.

**4 Uhr
nachmittags
Treff**
Tate Branne
Alexanderstraße 55
**Militär-
Konzert**
Gr. Post. 101-102.
Bat. 203
Musikleiter:
Arnold Ebel.
Serg. Maj. Gebel u. Terzin
Solfongherer Kapelle.

Zahngebisse.
Platz, Gr. 7, 50, 1. Kauf
Frau Wagner.
Rathstr. 18 I (Alexanderplatz)

Kükük
Lichtspiele
Große Frankfurter Str. 28.
a. d. Andreasstraße.
Bis Donnerstag:
Max Landa
im
Detektivtheater
in 5 Akten
Mitternacht.
Anfang 8 Uhr.

Uranus' Licht
Zur Ausscheidung aller Scherben
und kranken Stoffe aus Blut und
Gallen, gegen Hautverderb, Haut-
entzündung, rotes Gesicht,
Hautunreinigkeiten ist kein
Besserungsmittel als
Sulfurum mit über 25 Jahren
wichtigem Erfolg. Schachtel M.
2.00, Abl. 3 Sch. 5.50. Otto
Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Möbel-Haus
Max Friedeberg G. m.
b. H.
Bülowstraße 24
Ecke Potsdamer Str.
(am Hochbahnhof)
Civile Preise
Auswahl wie im Frieden
Wahrhaft-humane Bedingungen

Zähne von 3 M. Teilw. wöchentl. 1 M. Plomben 1.50. Gold-
kronen 18 M. Zahnziehen m. Einspr. höchst
schmerzlos. Umarb. schlechtes Gebisse. Rep.
Zahnarzt Wolf u. Hof. Potsdamer Str. 55. Hochb. Sprechz. 9-7.

**Ungewöhnliche
Erwerbs-
Möglichkeiten**

Meist die nächste Zukunft. Eine tief
gehende Änderung unseres gesamten
Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Auf-
schwung unserer Industrie u. des Han-
dels steht bevor, und es werden überall

**geschulte
Kräfte gesucht**

sein. Angehörige technischer Beruf
u. Handwerker sollen nicht verpassen
ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der
kommenden Zeit anzupassen, um teil-
zunehmen an den wirtschaftlichen Be-
strebungen, die notwendig das Ergebnis
des gewaltigen Ringens sein müssen.
Das beste Mittel, rasch und gründlich
unterrichtet eine praktische Ausbildung
in technischen Wissenschaften zu er-
werben, sind die technischen Selbst-
unterrichtskurse des H. v. Arnack
Hochschule, 50 F. starke Bro-
schüre kostenlos.
Sonntag & Nachf. 10, Potsdam
Vorfach 167

Das preussische Abgeordnetenhaus

Wird heute Dienstag wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Anfrage über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Es ist aber keineswegs ausgeschlossen, daß die Anfrage wieder abgelehnt wird, da in weiten Kreisen der Abgeordneten augenblicklich keinerlei Neigung besteht, angesichts der völlig unsicheren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse derartige Fragen zu erörtern. Ueberhaupt neigt man mehr und mehr der Meinung zu, daß das Abgeordnetenhaus, abgesehen von der Verfassungsreform, nur noch den neuen Etat erledigen soll, damit alle anderen Fragen nicht vom Dreiklassenhaus, sondern von einem auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählten Parlament verabschiedet werden.

Kein Mangel an Kriegsmaterial.

Erklärungen des Kriegsministers.

Berlin, 21. Oktober. Der Kriegsminister empfing heute den Direktor Stollberg der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Im Verlauf der Unterredung kam das Gespräch auf die neuerlichen Behauptungen der Auslandspresse, Deutschland sei aus Mangel an Kriegsmaterial zum Frieden gezwungen.

Der Kriegsminister erwiderte u. a.: Ich kenne die Presse unserer Gegner zu gut, um nicht zu wissen, daß sie mit solchen falschen Behauptungen die Friedenssehnsucht der feindlichen Völker — denn in jedem Volk brennt so die Hoffnung auf Frieden — abzuwachen wollen. Trotz des Ansturmes der Gegner konnten alle Anforderungen der Front an Munition, Geschützen und Kriegsmaterial ohne Unterbrechung voll erfüllt werden. Unsere Materialreserven, unsere Munitionserzeugung und die Fertigung von Geschützen, Geschützen und Kriegsmaterial sind für die Deckung der Ausfälle der letzten Wochen mehr als ausreichend. Was also die Ententeartikel sagen, sind wiederum bewusste falsche Behauptungen unserer Gegner. Deutschland wird nie aus Mangel an Kriegsmaterial Frieden zu schließen brauchen.

Die augenblickliche Ueberlegenheit des Gegners liegt besonders im Gebrauch der Tanks. Es wird bereits seit längerer Zeit tüchtig daran gearbeitet, diese als wichtig erkannte Waffe in genügender Zahl herzustellen, so daß wir hinreichend Hilfsmittel zur erfolgreichen Durchführung des Krieges haben werden, falls wir gezwungen sein sollten, ihn fortzusetzen.

Neuordnung in Bayern.

Verhältnismäßig und parlamentarischer System.

Nach der Absicht der Parteien sollte die jüngste Rede des Ministerpräsidenten v. Dandl in der Abgeordnetenkammer einer gründlichen Erörterung unterzogen werden. Da aber bei den interfraktionellen Besprechungen eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde die bereits anberaumte Plenarsitzung vorläufig auf unbestimmte Zeit verschoben. Inzwischen wurden die interfraktionellen Besprechungen fortgesetzt. Gleichzeitig aber wurden auch in nichtöffentlichen Sitzungen des Finanzaußenbüros eifrige Verhandlungen über die politische Neugestaltung Bayerns gepflogen, an denen auch die Staatsregierung regen Anteil nahm. Die Sozialdemokraten hatten dabei ein Mindestprogramm vorgelegt. Nun haben sich bisher die Fraktionen wenigstens soweit geeinigt, daß Einigkeit unter den Parteien über folgende Punkte besteht: Einführung der Verhältnismäßig für das ganze Land, Neugestaltung der Reichsratskammer durch Neuernennung von 40 Mitgliedern, die von den einschlägigen Organisationen vorschlagen sind, Ergänzung des Ministeriums durch fünf parlamentarische Minister ohne Portefeuille, Einführung einjähriger Finanzperioden und Bestimmungsrecht des Landes in wichtigen parlamentarischen Fragen.

Eine Gegenerklärung.

Im Anschluß an die Erklärung, die eine Anzahl Berliner Universitätsprofessoren durch die hiesige Presse veröffentlichten, werden wir von dem Völkerrechtler an der Berliner Universität Prof. Wilhelm Kaufmann um Veröffentlichung folgender Zeilen ersucht:

Berlin, den 21. Oktober 1918.

Als Professor an der Universität Berlin fühle ich mich gedrungen, öffentlich zu erklären, daß ich mich der gestrigen Kundgebung einer Anzahl der hiesigen Universitätsprofessoren nicht anschließen kann.

Meine Stellungnahme auch zu der Frage der Fortsetzung des Krieges wird in oberster, ausschlaggebender Weise durch die Frage der Schuld an diesem Kriege und in diesem Kriege bestimmt.

Wenn die Gegner diesen Krieg unternommen hätten und ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit durchführten, um durch ihre Uebermacht uns rechtlos zu verengen, dann müßten wir in gerechter Verteidigung diesen Krieg erforderlichfalls bis zu unter aller Unterang fortsetzen, auch wenn wir keine Aussicht auf Gewinn des Krieges, sondern nur unseren Untergang vor Augen sähen.

Ganz anders aber verhält es sich, wenn die Gegner mit ihrer Behauptung recht haben, die Schuld an diesem schrecklichen Kriege und die Schuld in diesem Kriege liegt furchtbar überwiegend auf deutscher Seite.

Dann müssen die Schuldigen und Mitschuldigen unverzüglich aus unserem öffentlichen Leben völlig auscheiden, und unsere Regierung muß nicht bloß durch Erklärungen, sondern auch durch Tathandlungen unseren Gegnern Siderarbeiten bieten und sich bereit finden, die gerechten Forderungen aus der Schuldverantwortlichkeit zu ziehen und ziehen zu lassen.

Unsere Gegner aber erwähnt alsdann die gewaltige Verantwortlichkeit, daß sie im Siege gerechtes Maß halten und die Anforderungen der notwendigen Völkereinschließung auf Erden wahren.

Professor Wilhelm Kaufmann.

Von studentischer Seite erhalten wir eine Protesterklärung zu der Studentenversammlung, die am 20. Oktober in einem Hörsaal der hiesigen Universität stattfand und in der eine Organisation zur einheitlichen Sammlung der Studentenschaft auf nationaler Grundlage ins Leben gerufen wurde. Der Einsender hatte durchaus den Eindruck einer nationalpolitisch-kauzalistischen Veranstaltung. Es wurde zwar auf alle Anfragen stereotyp geantwortet, daß man keine Parteien untersehe, aber tatsächlich noch das Ganze nach Vaterlandspartei und Alldeutschem Verband. Das zeigten schon die Namen der Redenten, die die Sache leiteten, wie Prof. Dr. Dietrich Schäfer, Prof. Noethe, v. Willamowich-Wilensdorf usw. Dietrich Schäfer betonte in seiner Rede, daß man sich hinter die Regierung stellen wollte, redete aber nichtsdestoweniger von der Schmach der Wilsonschen Bedingungen, nannte den Völkerverbund eine Phrase und jeden, der anderer Auffassung wäre einen politischen Ignoranten.

Es ist allerdings ein hartes Stück, wenn ausgerechnet Dietrich Schäfer, ein Hauptstörer für den uneingeschränkten U-Vot-Krieg, andere Leute Ignoranten nennt, nachdem seine Prophezeiungen

so gänzlich daneben gegangen sind. Außerdem kennzeichnet es die Arroganz des Mannes, daß er, einer der Hauptschuldigen an der jetzigen schweren Lage Deutschlands, ganz kühn und led große Reden für die nationale Verteidigung schwingt, anstatt endlich sein großes Mundwerk zu halten, mit dem er gerade genug Unglück angerichtet hat.

Einzige Rettung.

Folgender Aufruf geht uns mit der Bitte um Abdruck zu: Es geht ums Letzte. Wir hoffen immer noch, daß der Feind unsere guten Willen würdigen wird; treibt er uns aber zum Verzweiflungskampf dann ist gründliche Rüstung not. An der Front dürfen nur noch Männer stehen, die in der Tat lieber sterben wollen als einen schmachvollen Frieden erleben. Es sind zu viele draußen, die widerwillig kämpfen. Man stelle ihnen frei, zurückzugehen; hinter der Front gib's Arbeit genug für jeden. Man sehe niemand scheel darum an; mancher von ihnen hat gute Gründe. Wer aber schlechte Gründe hat, gehört erst recht nicht auf einen Posten, wo nur der Opfermut des Feindes noch den Ausschlag zu geben vermag. Die Zeit ist vorbei, wo man den Schützengraben zur Strafanstalt erniedrigen durfte. Man wende nicht ein, daß man werde die Front schon noch acht Tagen zu schwach besetzt sein; hundert mutige Männer sind stärker als ein Gemeindefuß, mit tausend Remmen. Die Oberste Heeresleitung vertraue dem Volk! Sie lasse einen Befehl ergehen, dessen Wortlaut es jedem Regiment als höchste Freiheitspflicht ans Herz legt, im Handumdrehen die Spreu vom Weizen zu sondern, Notabene auch unter den Offizieren, einfach durch Selbsterhebung der Erschöpften oder sonstige Unlustigen; und ebenso in den Ersatzbataillonen. Sie rufe durch einen zweiten Befehl jeden deutschen Mann zur Waffe, der in der Heimat, in der Etappe oder in den besetzten Gebieten sich für den Kampf in vorderster Linie bereit fühlt, gleichviel welchen Alters und welcher Gesundheit, einerlei, ob im Waffengebrauch schon ausgebildet oder nicht. Der schwächste Körper hat Wunderkräfte, wenn ihn ein edler Wille befeuert; und in vier Wochen kann jeder die Handgriffe lernen, die zur Verteidigung unserer Volkseehre und Menschwürde sehr nötig sind. Dann wird die Front stark genug besetzt sein, daß sich ein deutsches Reichsgewehr mit zehn feindlichen Minenwerfern, eine Kanone mit zehn Tanks messen kann. Wenn aber nicht, wenn wirklich Deutschland durch unsere geistverlassenen Grahmachtsbetrieb so in Grund und Boden verwirrt ist, daß die große Mehrzahl seiner Mannschaft lieber ein würdevolles Leben als einen würdigen Tod erwählt, dann wissen wir wenigstens Bescheid. Dann ist es menschlicher, daß sich die kleine Schar der immer noch Opferwilligen für die Arbeit an der Zukunft aufspart, als daß sie vollends verblüht unter der Uebermacht ausländischer Unverschämtheit und heimlicher Erbarmlichkeit. Aber der heilige Geist des Vertrauens ist mächtiger, als die Zweifel ohnen; er wird endlich den Gott in uns wecken, der höher ist als alle Not. Ich sage das nicht als wohlgebetteter Dichter; ich habe mich wieder zur Front gemeldet, obgleich ich als Kriegsgeschädigter dauernd zum Garnisondienst zurückgestellt war. Nachdruck erwünscht!

Richard Dehmel.

Aufforderung zum Ernährungsstreik.

Die agrarische Presse hat ungeheure Enttäuschung gemitt, als der Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes auf die Bestrebungen hinwies, durch Sabotage der Ernährungsindustrie der neuen Regierung Schwierigkeiten zu machen. Alle derartigen Behauptungen hat sie ins Reich böswilliger Parteiführer und geistlicher Verleumdung verwiesen. Jetzt aber liegt vor uns ein Aufruf des Dr. G. M. Schiele, Herausgebers der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, eines Hauptwohlführers der Agrarier, über Parlamentarismus. Schiele fordert darin — wie zeitgemäß! — zur Einigung des gesamten Völkertums gegen den Parlamentarismus auf, der nur eine verhällte Diktatur des Proletariats sei. Eine gewaltige konservative Macht sei vor allem das Bauerntum. Welche Waffen es in der Hand habe, habe die Schweiz gezeigt:

In diesem Frühjahr wollte in der Schweiz der Generalstreik losgehen... aber siehe da, ein Wort der schweizerischen Bauernschaft vertrieb den ganzen Spul. Die Bauernschaft erklärte, daß am ersten Tage des Generalstreiks sie die Brotlieferung einstellen würde. Dieser feste Entschluß hat dem Volke die Ordnung erhalten. Das Brot ist die Waffe der Bauernschaft und die Bauernschaft ist der Kristallisationskern für alle Kräfte der Ordnung.

Klapp und klar und deutlich ist damit die Drohung des Ernährungsstreiks gegen die jetzige Regierung ausgesprochen. Wer will jetzt noch leugnen?

Herrenhaus bleibt Herrenhaus! In diesem Schmerz hat die Herrenhauskommission das gleiche Wahlrecht annehmen müssen, aber einen Vorschlag hat sie sich doch auf die Lippen getraut: Sie hat überall die vom Abgeordnetenhaus angenommene Namensänderung rückgängig gemacht und, wo das Abgeordnetenhaus „Erste Kammer“ sagte, das alte schöne Wort „Herrenhaus“ wieder hergestellt. ...

Parteinachrichten.

Die Steitiner Partei- und Gewerkschaftsgegnossen füllen vor einigen Tagen den großen Saal des „Neuen Kasino“ in Graz bis auf den letzten Platz, um einem feierlichen Vortrag August Winnigs aus Hamburg über die aus dem Kriege für die Arbeiter sich ergebenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu folgen. Die Versammelten hörten das anderthalbstündige Referat, in welchem Winnig auf Schluß zur Bildung einer großen Allianz aller Arbeiter aufforderte und die gewerkschaftliche Organisierung erlöschte, der Parteiorganisation beizutreten und die Parteipresse zu lesen, mit tiefem Ernst und ohne Zwischentöne an.

Für die Einheit der Arbeiterbewegung.

In einer von 1400 Vertretern beluchteten Vertrauensmänner-versammlung der Zahlstelle Kiel des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde nach einem Referat des 1. Bevollmächtigten, Genossen Garbe, über die gegenwärtig brennenden wirtschaftlichen und politischen Fragen der dringende Wunsch ausgesprochen, die Parteiverhältnisse mühten endlich wieder so gestaltet werden, daß die deutsche Arbeiterklasse unter einheitlicher Führung das würde, wie es dem Ernst der Stunde gebühre.

500 neue Parteimitglieder

hat die von dem Sozialdemokratischen Verein für die beiden Rädiner Wahlkreise veranstaltete Versammlung bisher erbracht. Da eine Anzahl Bezirksvereinstellungen ihre Aufnahmebeiträge noch nicht an das Bezirkssekretariat eingesandt hat, dürfte sich die Zahl der neugewonnenen Mitglieder erheblich höher stellen. Das Rädiner Beispiel sollte in Anbetracht der gegenwärtigen Zeit allenfalls zur Nachahmung anspornen.

Die Kustageziffer unseres Münchener Parteiblattes, der „Münchener Post“, hat sich trotz der erst jüngst erfolgten Abonnementspreiserhöhung in den letzten Tagen um rund 15.000 erhöht.

Industrie und Handel.

Die Berliner Verkehrsgesellschaften.

Eine mehrtägige Erhöhung der Dividende ist, wie in einem längeren Artikel der „Post. Ztg.“ über die Lage der Berliner Verkehrsgesellschaften ausgeführt wird, bei der Großen Berliner Straßenbahn für das laufende Geschäftsjahr zu erwarten, nachdem in den beiden Vorjahren bekanntlich nur je 4 Proz. gegen je 6 Proz. in den Jahren 1914/15 und 8 1/2 Proz. im Jahre 1918 verteilt wurden. Das günstige Ergebnis dürfte aber nur vorübergehend sein, da, wie weiter ausgeführt wird, die Unkosten für Löhne, Materialien und dergleichen dauernd steigende Richtung verfolgen, der die vorerwähnten bewilligte Tarifierhöhung keineswegs entspricht, so daß in absehbarer Zeit eine neue Tarifierreform durchgeführt werden müßte. Es verläutet schon jetzt, daß die Straßenbahn am nächsten zulässigen Termin, am 1. April 1921, einen Antrag auf Einführung des 20-Pf.-Tarifs einbringen werde. Der Verkehr bei der Straßenbahn zeigt gegen das letzte Friedensjahr eine Zunahme von etwa 60 Proz. Die Tarifierhöhung hat einen Abbruch im Verkehr nicht gebracht, vielmehr ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine Steigerung um etwa 22 Proz. zu verzeichnen, wobei zu beachten ist, daß die Verkehrsmittel eine weitere Verminderung erfahren haben. Neben dem Mangel an betriebstüchtigen Wagen, macht sich bei der Straßenbahn empfindliche Personalnot bemerkbar. Während im letzten Friedensjahre etwa 13.000 Personen einstell. des Verkehrs- und Bureaupersonals beschäftigt wurden, ist diese Zahl jetzt auf 10.000 zurückgegangen, worunter sich 6000 Frauen befinden. Die Löhne bei den Berliner Verkehrsbetrieben sind im allgemeinen gegenüber der Friedenszeit um etwa 100 Proz. erhöht worden, und zurzeit sollen wieder Besprechungen über neue Lohnverhandlungen im Gange sein.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen. Hier ist bekanntlich der Tarif zum Ausgleich für die allgemeinen Verteuerungen am 1. April 1918 um durchschnittlich 5 Pf. für den Fahrpreis erhöht worden. Der Verkehr war durch diese Maßregel anfänglich etwas zurückgegangen, hat aber inzwischen die Höhe des Vorjahres wieder erreicht. Die Verkehrskosten sollen auch hier für den Wagenkilometer gegen die Friedenszeit um weit über 100 Proz. gemessen sein, wozu bekanntlich die Verteuerung der Kohlenpreise beigetragen hat, da die Hochbahngesellschaft ihren elektrischen Strom selbst erzeugt. Die Ausführung der Verstärkungslinie vom Geiselberg zum Wittenbergplatz mußte wegen des Krieges eingestellt werden; nur kleinere dringende Bauausführungen konnten erledigt werden.

Bei der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft dürften für den Wiederaufbau des Omnibusverkehrs nach dem Kriege die vorhandenen Mittel der Gesellschaft nicht ausreichen, so daß ein nicht unerheblicher Kapitalbedarf sich bemerkbar machen wird. Ob dieser durch Ausgabe neuer Aktien, die vor allem von der Großen Berliner Straßenbahn und der Hochbahn übernommen werden müssen, da diese sich bekanntlich im Besitze der Mehrheit des bisherigen Aktienkapitals der Omnibusgesellschaft befinden, oder durch Aufnahme einer Obligationenanleihe gedeckt werden wird, läßt sich heute nicht sagen. Die Ausgabe einer Anleihe wäre jedenfalls möglich, da die Omnibus-G. S. ihre Hypothekenschulden in den letzten Jahren wesentlich vermindert hat und über eine Anzahl unbelasteter Grundstücke verfügt.

Letzte Nachrichten.

Beschätzung der Zerstörungen.

Berlin, 21. Oktober. Eine neutrale Kommission, bestehend aus dem spanischen und holländischen Gesandten in Brüssel und einem angesehenen Bürger der Stadt, besichtigte die Zerstörungen, die englische Granaten innerhalb weniger Tage in dem weit hinter der Front liegenden Denain angerichtet haben, und wurde Zeuge fortwährender Uebersiedelungen von Bomben auf Tournan und Valenciennes.

Gegen die Kriegsverlängerer in Frankreich.

Genf, 21. Oktober. „Petit Parisien“ meldet, die Deutschen hätten bei der Räumung von Lille Lebensmittel für 2 Tage zurückgelassen. — In einem Bellerophon der „Humanität“ heißt es ebenfalls, daß das deutsche Heer noch sehr kampffähig sei. Trotz aller Anstrengungen hätten die Werke der Entente die deutsche Armee nur lediglich zurückgedrängt, ohne daß ein Durchbruch gelungen wäre. Bisher habe die deutsche Heeresleitung geschickt eine militärische Katastrophe vermieden. — In einem Artikel der „Humanität“ brandmarkt der Abgeordnete Lafont ein in ganz Paris durch Manerenschlag verbreitetes Schmanifest, worin zur Vernichtung Deutschlands aufgerufen wird und die Sozialisten angeklagt werden, die von den Ententeheeren wohlverdienten Siege wirkungslos zu machen. Der Abgeordnete sagt: Das Volk müsse gegen diese Kriegsheter reagieren und die Kriegsverlängerer bekämpfen.

Pichon und die Tschechen.

Paris, 21. Oktober. Das Mitglied des tschechischen Nationalrats Benes richtete an den Minister Pichon ein Schreiben, das mit der Erklärung schließt:

Durch diesen Beschluß der tschecho-slowakischen Nation und Armees übernimmt der Rat also als vorläufige Nationalregierung die Leitung der politischen Angelegenheiten des tschecho-slowakischen Landes und tritt offiziell zu den Alliierten in Beziehung.

Minister des Auswärtigen Pichon antwortete, daß die Sympathie Frankreichs gegenüber den Tschecho-Slowaken nicht besonders bekräftigt zu werden brauchen. Alle freien Völker und Frankreich in erster Linie bewunderten, wie die Söhne der tschecho-slowakischen Nation sich verdient machten durch Vaterlandsliebe, Tapferkeit und harten Opfertum der tschecho-slowakischen Nation und Armees. Die Regierung der Republik wäre so glücklich, durch den Vertrag vom 28. 9. 1918 die vorausgegangene Erklärung Nr. 288 zu bestätigen, welche das Recht auf Unabhängigkeit der tschecho-slowakischen Nation betrafte, sowie die Tagung des Nationalrats als eine Regierung de facto und dadurch die Bewunderung und Sympathie zu bezeugen gegenüber einer berühmten Nation, die wieder erhebe, nachdem sie, ohne jemals Schwäche zu zeigen, Jahr um Jahr die Unterdrückung erduldet habe. Mit dem Gefühle dieser Gemüthung erkenne er im Namen der Regierung der Republik offiziell die provisorische nationale Regierung des tschecho-slowakischen Landes an. Die tschecho-slowakische Nation werde in diesem Akte eine ruhmreiche Bezeugung des Sieges erblicken, den französischen Soldaten im Kampf mit ihren tschecho-slowakischen Kameraden und Verbündeten endgültig den Armeen der Mittelmächte entziffen hätten.

Ein Schnellzug gegen einen Güterzug.

Wien, 21. Oktober. Die Südbahndirektion teilt den Blättern mit: Heute nacht fuhr der gestern abend von Wien abgegangene Schnellzug beim Einfahrtssignal in Kapfenberg auf den eben vorbeifahrenden Güterzug, wodurch die rückwärtigen Wagen entgleisten. Die Lokomotive eines eben aus der Station ausfahrenden Personenzuges wurde umgeworfen. Von dem Schnellzug wurden der Dienstwagen, ein Salonwagen und der Gepäckwagen zertrümmert und gerieten in Brand. Vom Zugpersonal der drei Züge wurden mehrere Personen verletzt, unter den Passagieren bisher fünfzehn Tote und fünfzig Verletzte gezählt. Unter den Getöteten befindet sich der Maschinenbetriebschef der Südbahn Grundner, dessen Gattin wurde tödlich verletzt.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Teuerungszulage für Krankenkassenangehörige.

Dem Wunsche des Verbandes der Bureauangestellten, für die Angehörigen der Krankenkassen eine einmalige Teuerungszulage zu bewilligen, hat eine Versammlung der Kassenvorstände zugestimmt. Die in der vorhergehenden Versammlung gewählte Kommission zur Vorbereitung dieser Angelegenheit empfahl folgende Zulagen:

Verheiratete erhalten einen Grundbetrag von 400 M., dazu Teuerungszulage 120 M. und ein Monatsgehalt, mindestens aber im ganzen 700 M. Daneben werden für jedes Kind 15 Proz. des Gesamtbetrages gegeben. Ledige erhalten von dem nach obigen Grundbeträgen für Verheiratete berechneten Gesamtbetrag 70 Proz., mindestens aber 70 Proz. von 700 M. Hilfsarbeiter erhalten bei einer Beschäftigung bis zu 1/2 Jahr ein Viertel obiger Beträge, bis zu 1 Jahr die Hälfte, bis zu 1 1/2 Jahr drei Viertel, über 1 1/2 Jahr den vollen Betrag. Mindestens erhalten die verheirateten Hilfsarbeiter ein Viertel bis drei Viertel von 700 M., die Ledigen ein Viertel bis drei Viertel von 70 Proz. des Mindestbetrages. Für Hilfsarbeiter, die weniger als drei Monate beschäftigt sind, ist keine Zulage festgesetzt. Hier soll das dem Wohlwollen der einzelnen Kassenvorstände überlassen bleiben. Für Jugendliche (unter achtzehn Jahren) stellt sich die Zulage bei einer Beschäftigung bis zu 1 Jahr auf 150 M., bis zu 2 Jahren auf 200 M., bis zu 3 Jahren auf 250 M., über 3 Jahre auf 300 M.

Diese Beschlüsse wurden nach Begründung durch Wendig und nach kurzer Erörterung mit allen Stimmen gegen eine angenommen.

Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie lernt um!

Wie unser Dortmunds. Parteiblatt erzählt, sind maßgebende Großindustrielle des Industriebezirks an die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen herangetreten, um sowohl im Bergbau wie in der Grobmetallindustrie eine vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Betriebsinventur und Lohnausfall.

Der Arbeiterausschuss der Firma D. V. W., Alexandrinenstraße, verlangt vor dem Arbeitsauschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins eine Entschädigung für die gesamte Arbeiterschaft. Am 10. September wurde der Arbeiterschaft durch Anschlag und durch mündliche Mitteilung bekanntgegeben, daß am 11. und 12. September der Betrieb wegen Inventur ruht. Es wird festgestellt, daß die übliche Inventur immer zwischen Weihnachten und Neujahr stattfindet, daß aber diese Inventur nötig war, weil ein neuer Geschäftsführer eintrat. Es wird weiter festgestellt, daß die Firma

nicht, wie es ihre Pflicht war, den Arbeiterauschuss vorher von den beabsichtigten Maßnahmen direkt in Kenntnis gesetzt und damit jede Verhandlungsmöglichkeit vorher selbst abgeschnitten hat. Es erfolgt eine Verständigung mit Bildung eines Schiedsrichters auf der Grundlage, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Entschädigung von 50 Prozent ihres derzeitigen Verdienstes zu geben ist.

Die Gesamtarbeiterchaft der Firma G. A. S., Wilhelmstraße, ruft den Schlichtungsausschuss nach § 18 an, weil über die von den Arbeitern gestellten Forderungen mit der Firma keine Verständigung erzielt werden kann. Die Firma war bereit, den Arbeitern auszusprechen, daß die Affordablässe der Mechaniker, das ist die größte Gruppe des Betriebes, bei neuen Afforden künftig auf den Gehalt von 2,85 M. kalkuliert werden sollen. Bisher betrug dieser Gehalt 2,70 M. Insbesondere wurde es vom Arbeiterausschuss als Mißstand bezeichnet, daß die Firma, wenn die Arbeiter bei einem Arbeitspreiss über den vorstehenden Gehalt verdient haben, Abzüge vornehme. Der Firma wird erklärt, daß Abzüge ungerichtet sind, und daß auch ein etwa erzielter Reinerwerb der Firma nicht das Recht gibt, Abzüge zu machen. Es erfolgt eine Verständigung auf der Grundlage des Ausgleichs der Firma mit dem Gewerkschaft, daß die übrigen Arbeitergruppen entsprechend zu behandeln sind.

Auf Veranlassung des Berlinerirrenden Generalkommandos wird die Entlassung des Werkführers G. bei der Firma B. in Spandau nachgeprüft. Die Verhandlung ergibt, daß infolge eines Wortwechsels, bei dem dem

Werkführer Saafstein von dem Firmeninhaber angeklagt wurden.

der Werkführer aufgehört hat. Einen Abscheinschein hat die Firma nicht ausgestellt, sondern in einer Aufschrift an das Generalkommando eine völlig einseitige Darstellung gegeben, worin sie das Referat des Saafstein, das zum Austritt geführt hat, verdrängen hat. Der Firma wird gefordert, daß ihr Verhalten außerordentlich tadelnswert ist und daß die Firma verpflichtet war, dem Werkführer sofort den Abscheinschein auszustellen und dem Generalkommando ledigliche Mitteilung von dem Austritt des Werkführers zu machen. Alle übrigen Bemerkungen waren zum mindesten überflüssig.

Der Arbeiterausschuss der Firma D. R. G., Mariensfelde, beschwert sich darüber, daß die Firma die Zahlung von 2 Stunden für Arbeiter und Arbeiterinnen abgelehnt hat. Diese 2 Stunden sind von der Arbeiterschaft nicht gearbeitet worden, weil es an dem betreffenden Tage außerordentlich kalt war. Es wird festgestellt, daß die Firma sofort für Heizung gesorgt und damit alles getan hat, was sie zur Beseitigung des Zustandes tun konnte. Aus dem Grunde wird der Antrag des Arbeiterausschusses abgelehnt.

Der Arbeiter B. von der Firma O. u. S. in Spandau hat gegenwärtig einen Verdienst von 1,15 M. für die Stunde. Da seine Familie in Sarau wohnt, muß er einen doppelten Hauslohn führen. Er verlangt seinen Abscheinschein oder einen Verdienst von 1,50 M. für die Stunde. Dem Antrage des Arbeiters wird entsprochen und der Firma aufgetragen, künftig entweder 1,50 M. Lohn zu zahlen oder dem Arbeiter den Abscheinschein zu erteilen.

Aus aller Welt.

Schwere Explosion.

70 Personen tot, 50 verwundet.

Magdeburg. Bei einer Explosion in der Berlin-Kahleitzschen Maschinenfabrik Dessau sind 70 Personen getötet und etwa 50 schwer oder leicht verletzt worden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese Zahlen sich noch um einige Opfer erhöhen werden, da die Aufräumungsarbeiten unter militärischer Hilfe noch im Gange sind. Die Ermittlungen über die Entstehungsbursache haben noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt.

Eisenbahnunfälle.

Essen a. d. Ruhr. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Griben ist ein D-Zug mit einer Lokomotive zusammengefahren. Der D-Wagen und der erste Wagen des D-Zuges schoben sich ineinander. Ein Eisenbahner wurde getötet, acht verletzt. — Zwischen Rheine und Duakenrück stießen zwei Güterzüge zusammen. Beide Zugführer wurden getötet, 19 Wagen zertrümmert.

Notizen.

— Vorträge. Urania. Montag und Freitag Dr. Majer-Leonhard: „Die deutschen Kraftfahrtruppen an der Front“. Dienstag: „Der Mensch in der Welt“. Sonntag, Donnerstag, Sonnabend: „Auf Helgoland zur Kriegeszeit“. — Kallimachos spricht in der Berliner Sezession über „Die dichterische deutsche Jugend“.

— Ein Borzing-Abend findet zur Erinnerung an den Geburtstag des Komponisten im Dessing-Museum Mittwoch, 8 Uhr, statt.

— Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Rotebamer Str. 130) beginnen Dienstag die Vorlesungen. Herr Göbe (Danzburg) liest über Schule und Leben.

— Solomon Roser, der führende Mann des neuen Wiener Kunstgewerbes, ist — nur 50 Jahre alt — in Wien gestorben. Man findet seinen Namen u. a. auf österreichischen Briefen. Der von ihm besonders durch seine Tätigkeit in der Kunstgewerbeschule entwickelte Stil hat der dekorativen Wiener Kunst seine Prägung verliehen.

— „Jugoslavien“. Dieses Wort lesen wir jetzt immer öfter. „Jugo“ heißt gar nichts anderes als „Süd“; im Tschechischen „Jido“. Sagen wir also ruhig „Südslawen“. Im französischen müßte man sagen: „Les slaves du sud“ und da ist „Les Yugoslaves“ natürlich kürzer. Aber wir brauchen das nicht zu übernehmen.

Verantwortlich für Inhalt: Otto Quirmer, Berlin, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin, für Anzeigen: Theodor Meyer, Berlin. Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 15. Druck: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 15. Druck: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 15.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein Zeitow-Beestow. Ortsverein Rentölln.

Gente, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Passage-Gebäuden, Bergstr. 151, eine

Witglieder-Versammlung des Wahlvereins statt.

Tagesordnung:
Bericht der Stadtverordneten-Fraktion. — Ausstellung der Kandidaten zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlmännern. — Stellungnahme zur Kreisverordnetenwahl.
Die Bezirksleitung.

Bekanntmachung!
Alle Hausfrauen, die darauf bedacht sind, stets eine blendend weiße Wäsche zu erhalten, verwenden nur noch
Schmitz-Bonn's
Wasch- u. Bleichhilfe
Garantiert unschädlich.
Endgültig genehmigt vom Kriegsausschuss unter Nr. 2503.
In Paketen zu 30 Pfg. überall erhältlich.
Alleinige Hersteller:
Schmitz-Bonn Söhne
chem. Fabrik Düsseldorf-Pelsholz.
Max Baumgarten, Berlin O. S. 34,
Petersburger Str. 5, Tel.: Amt Alex. 2764.

J. F. Rauch, Königl. span. Hoflieferant,
Bergstraße 34 und Invalidenstr. 164,
Wein- und Probierkeller: Friedrichstraße 11.
1918er Moselwein Berncastler . . . Pl. 3.75
1918er Rheinwein Ockenheimer . . . Pl. 7.40
Preise mit Glas, aber ohne Steuer. 57L*

Wermut-Obstwein Pellin, süß.

Foist Feldgrau . . . (Sekt) 1/2, Pl. 19.80
Höhl Trocken . . . (Sekt) 1/2, Pl. 11.--
Höhl Kaiserblume (dosiert) 1/2, Pl. 11.--
Preise mit Glas und mit Steuer.

Kräftiger, zuckergesüßter Halb u. Halb-Likör.
ganze Pl. 23.-- M., halbe 12.-- M. mit Glas.

Möbel
Jeder Art preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7,
Nähe Rosenthaler Platz.
Teilszahlung gestattet.

Trauer-Bekleidung
für Damen und Mädchen.
Stets wohlausegestattete moderne Lager.
Oskar Wollburg
Brunnenstr. 56, 57
Gegründet 1896.
Haben Sie Fußbeschwerden?
empfehle nach 20-jähriger Erfahrung Stützstiefeln (mit) Bruchbänder an allen Kr. Verbinden, Stützstiefeln usw., Artikel zur Wundheilung u. Krankenpflege.

Mus
von Raben, mit Fruchtgeschmack, Mineralwasser 1 Liter 65 Pf., verkauft Hugo, Blumendruck, 2. Weberstraßen 10.

Pollmann, Bandagist,
Berlin N.
Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen

Bekanntmachung

Die Frist für die Annahme der Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe ist um 14 Tage, d. h. bis einschließlich den 6. November, verlängert worden.

Berlin, im Oktober 1918

Reichsbank-Direktorium
Havenstein v. Grimm

Behörden, Krankenhäuser, Großbetriebe, Haushaltungen benötigen zur Desinfektion und Vernichtung von Bazillen der Erreger der

Grippe

unsere erprobten

Desinfektionsmittel

Zur Desinfektion der Räume „HYDROL“ pro kg. M. 0,95
Zur Desinfektion der Wände, Geräte etc. „HYDROL“ dickfl. pro kg. M. 2,50
Zur Desinfektion des Körpers, der Gewebe etc. „HYDROLIN“ pro Pfund 3,00

Zur Zeit können infolge der großen Nachfrage nur Poststücke abgegeben werden.
Glänzende Anerkennungen von Behörden, Krankenanstalten, Lazaretten, Ordensmatten etc. werden nicht versandt.

Versand in Blechpackungen von 5 oder 10 Kilogramm unter Nachnahme.

Max Hahn G. m. b. H., Chem. Fabrik,

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 4.
In Groß-Berlin Lieferung durch unsere Gespanne. 129/15

Geldlotterie

an Wahlen des Vereines für das Reichstum im Ausland
Ziehung am 6., 7. u. 8. November 1918

400000
100000
50000
30000
20000
10000

Lotte ohne Ziehung abfahrbar.
Lose Mark 3.30
Belagerte und über 45 Pfennig überaus erhältlich.

S. C. Kröger
Warenfachhändler
Berlin W 8,
Friedrichstraße 194-193.

Warum das Weib am Manne leidet u. d. Mann am Weibe.
Zu kalt: Keil zur Liebe u. Ube. Herrenrecht. — Uebermüde — Unruhe — Manneshaute — Kinder egeu. — Dinge, die man nicht lauzte. Viktor Schmidt schreibt im „Correspondent“: „Gute der ernennten Bäder, die ich geliebt. Die Bilder, die der Verleger mitteilt, grechen an Herz und Gemissen.“
Preis 1,80.

Mädchen, die man nicht heiraten soll.
Zeitgenössische Aufführung u. Darstellungen in 17 Akte. Das nützliche Buch für Männer. Preis 1,50 M. Beide Bänder 3,00 M. Vorkaufpreis portofrei. Nachnahme 25 Pf. mehr.
Oranien-Vari Oranienburg 92.

Papier-Fahrrad-Bereifung
in einjähriger Benutzung, tausendfach bewährt.
Leichter, geräuschlos, Gang, wie auf Vollgummi. Keine Reparaturen. Geringe Abnutzung. Bei jeder Witterung gebräuchlich.
J. Eichenberg.
Pappschraubenwerk,
Gröden, Fr. Semlarstr. 20
Berlin S., Alte Jakobstraße 75